Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei bei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 65 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 789.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Grathstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Parteizeichnungen.

Größter Unfug mit den Parteizeichnungen als in Deutschland wird wohl nirgends gemacht.

Fangen wir von rechts an. Dort befindet sich eine Partei, die sich deutsch-konservativ nennt. Ihr Name zeigt an, das Bestehende erhalten zu wollen und denoch giebt sich diese Partei alle mögliche Mühe, das Bestehende „umzustärzen“. So sind z. B. die Bemühungen dieser Partei bekannt, die Gewerbeordnung aufzuheben. Bis jetzt hat sie allerdings nur verschiedene Einbrüche in dieselbe verübt, doch ist sie mit ihren weiteren Bestrebungen in Bezug auf den Innungszwang noch nicht durchgebrungen, nach dem Ansturm auf die Selbstständigkeit der Arbeiter (obligatorische Arbeitsbücher) und die vielen Attaken auf die Freizügigkeit bis jetzt noch zurückgeworfen worden — aber am guten Willen hat's nicht gefehlt. Dann regt es sich fortwährend in dieser Partei, das bestehende allgemeine Wahlrecht zu beschränken oder ganz aufzuheben. Und Pressefreiheit und Versammlungsrecht sind ihr ein Dorn im Auge. Im Uebrigen aber stimmt sie bedingungslos mit der Regierung. Und diese Partei nimmt den Namen deutsch-konservativ für sich in Anspruch? Regierungspartei muß man sie nennen oder auch reaktionäre Partei. Warum die Partei aber vor der Bezeichnung konservativ das Wort deutsch gesetzt hat, das weiß wohl selbst kein Mitglied der Partei. Wir haben in glücklicher Weise im Deutschen Reichstag noch keine russisch-konservative Partei.

Eine Spielart von dieser Partei ist die freikonservative, die sich in politischen Fragen gar nicht und in wirtschaftlichen Fragen nur dadurch von der deutsch-konservativen Partei unterscheidet, daß sie mit dem Agrarierthum etwas Börsenjobberthum verquickt. Was das Wort „Frei“ vor konservativ bedeuten soll, daraus ist bis jetzt auch Niemand recht klug geworden — die Mitglieder der Partei selbst wohl am allerwenigsten. Es gebührt der Partei also dieselbe Bezeichnung, wie der eigentlichen konservativen Partei. Auch nennt sich zur Abwechslung dieselbe „Deutsche Reichspartei.“ Was dieser Name bedeuten soll, das versteht erst recht Niemand. Reichsparteien sind sämtliche im Deutschen Reich existirenden und agitirenden Parteien. Und diejenigen, welche das Deutsche Reich für sich gepachtet zu haben meinen, sind meistens auch diejenigen, die durch ihr Verhalten dem Reich und dem Volke den größten Schaden zufügen.

Rationalliberale Partei! Wer lacht da? Wir, wir! Alle, Alle! „Rational“? Die deutsche Nation hat sich längst abgewendet von einer Partei, welche von Nation durch ihre schwächliche, erbärmliche und ewig schwankende Haltung fortwährende Verlegenheiten bereitet

und ihr Schande gemacht hat. Oder ist das am Ende national, wenn man allezeit den Willen der Regierung über das Wohl der Nation setzt? Und „liberal“? Liberal im guten Sinne des Wortes bedeutet den gesunden Fortschritt auf allen Gebieten, es bedeutet freieiliche Entwicklung und umfaßt auch alle humanitären Bestrebungen. Und die „Liberalen“, die Verächter des Liberalismus, machen Ausnahmegeetze gegen religiös und politisch Andersgläubige, Ausnahmegeetze, die mit großer Macht den Nebenmenschen bedrücken, sie stimmen der Beschränkung der Pressefreiheit, des Versammlungsrechts zu, sie opfern das Budgetrecht der Volksovertretung — nur da entwickeln sie einen gewissen „Freisinn“, wo es gilt, den wirtschaftlich Mächtigen die Freiheit zu lassen, die wirtschaftlich Schwachen immer mehr zu übervorthellen. Diese Partei verdient gleichfalls zu den Reaktionen gezählt zu werden. Wir sind auch der Ueberzeugung, daß sie sich im Innern zu denselben rechnet und ihren früher stolzen Namen nur noch in der Deffentlichkeit trägt, um politische Sumpel zu fangen. Außerdem blüht das Strebertum unter solcher unwahren, allgemein gehaltenen Bezeichnung recht oppig.

Wir kommen zum Centrum. Der Name ist so unrichtig nicht. Das Centrum aus jeder Scheibe ist schwarz, so ihr Abenschar. Aber die Devise, welche sich diese Partei giebt: „Für Freiheit, Recht und Wahrheit“ — diese Devise ist falsch, ihr wird durch die Handlungen der Partei geradezu Hohn gesprochen. Da wir aber vor wenigen Tagen noch diese Partei in einem Artikel mit der Ueberschrift: „Narrensposten“ genügend und gebührend gekennzeichnet haben, so wollen wir, um Wiederholungen zu vermeiden, einfach auf jenen Artikel hinweisen und unsere Leser ersuchen, einer solchen heuchlerischen Partei selbst den entsprechenden Namen beizulegen.

Wir gelangen nun zur deutsch-freisinnigen Partei. Zunächst wollen wir auch hier bemerken, daß das Wort deutsch vor freisinnig eben so albern ist, als das Wort deutsch vor konservativ. Oder fürchtete man sich vor dem kindischen Spott der Reaktionen, die den Freisinnigen vorwerfen, die Politik des Auslandes zu betreiben und hat man deshalb im Gegensatz zu einer ausländisch-freisinnigen Partei den Titel deutsch-freisinnig gewählt? Auf alle Fälle ist die Bezeichnung „deutsch“ bei der Benennung einer lediglich in Deutschland fungirenden Partei, wenn man keinen Gegensatz zu anderen Nationen ausdrücken will, ebenso überflüssig als inkorrekt. Die „deutsch-freisinnige“ Partei nannte sich früher Fortschrittspartei und vermengte sich dann mit nationalliberalen Elementen, die den Charakter des Fortschritts im Zeichen des Krebses wesentlich beeinflussten. Bedenkt man, daß diese Partei eigentlich aus demokratischen Ele-

menten entstanden ist, daß sie aus einer gewissen Furcht, oder nennen wir's aus Opportunismus, den Namen Demokratie so zu sagen unter den Tisch fallen ließ, so kann man über den Rückschritt des Fortschritts nur bedenklich den Kopf schütteln. Da die Partei aber gegenwärtig gleichfalls mit der Reaktion im Kampf steht, wollen wir unser weiteres Urtheil über dieselbe unterdrücken. Sie hat bis jetzt in allen schönen Namen geschillert, ohne daß für des Volkes Freiheit und Wohlfahrt etwas Erkleckliches abgefallen wäre.

Die gegenwärtige „demokratische Partei“ kann ihren Namen schon deshalb nicht behaupten, weil das Haupt derselben, Herr Lenzmann, von der Demokratie ungefähr so viel versteht, wie die Kuh vom Seiltanzen. Das hat er durch seine jüngsten Expeditionen zur Coedenz gezeigt. Im Uebrigen aber wollen wir die „demokratische Partei“ ihrer Ruhe überlassen.

Die Volkspartei verdient diese Bezeichnung wahrlich nicht, eben weil sie eine Partei ohne Volk ist.

Bleibt nur noch eine Partei übrig, die sozialdemokratische oder Arbeiterpartei. Sie allein trägt ihren Namen mit Recht. Allerdings hat das Wort „sozial“, „sozialistisch“ einen unangenehmen Beigeschmack, da Herr Stöder sich ja auch christlich-sozial und Herr Dr. A. Wagner sich gar sozialistisch nennt. Sozialistisch heißt, für die wirtschaftlichen Interessen des Volkes einzutreten, demokratisch für die politischen Volksinteressen. Dies ist die sozialdemokratische Partei. Und eine Arbeiterpartei im eminentesten Sinne des Worte ist sie, weil gerade in Deutschland die zielbewußten, aufgeklärten Arbeiter ihr sämtlich angehören.

Der Ministerialerlaß und die bürgerliche Opposition.

§ Was hat die Regierung veranlaßt, so unerwartet plötzlich alle Lebensregungen der Arbeiter zu verhindern? Diese Frage läßt alle Blätter, mit Ausnahme der offiziellen, nicht zur Ruhe kommen.

Ist man in der Stellungnahme zu dieser Frage auch größtentheils auf Vermuthungen angewiesen, so läßt sich doch unseres Erachtens ein es mit absoluter Sicherheit behaupten: Daß seitens der Arbeiter und gerade der Berliner Arbeiter auch entfernt nicht etwas Ähnliches wie ein Putsch oder eine isolirte Gewaltthat zu erwarten steht; das weiß die Regierung so gut wie wir es wissen und wie es die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands weiß. Eine feile, zu allem fähige Presse mag sich noch so sehr in dunklen Andeutungen darüber gefallen, daß auch Berlin seine Rost und Schwab berge — die Regierung ist überzeugt, daß daran nichts Wahres ist.

den Bart, denn er schien eben nicht besonders guter Laune, und wiederholte dann die Frage mit lauter, fast schreiender Stimme, wobei er dicht unter die Leiter trat.

Der Alte schüttelte mit dem Kopf. „Rein, mein guter Herr Förster,“ sagte er ruhig, „Gefindel darf hier schon gar nicht in den Park hinein; die wollten wir bald wieder hinaus haben. Der Einzige, der manchmal noch Abends, wenn ich hier durch ging, herumtrotzte, war der alte Fritz, welcher nach seinen Fällen sah.“

„Ja, das ist gerade der Rechte.“

„Ja, der hatte das Recht dazu,“ nickte der alte Gärtner, „und weiter weiß ich Niemand. Dem hat es der Herr Graf aber auch heute verboten, wie er mir mitgetheilt, ehe er fortfuhr. Er soll nach Sonnenuntergang nicht mehr auf herrschaftliche Grundstücke, was den Maulwürfen wahrscheinlich sehr angenehm sein wird; wie es nachher aber den Wiesen ergeht, ist eine andere Sache.“

„Das ist aber gerade der Lump, der mir meine Fasanen wegsängt!“ rief der Förster.

Der alte Mann schüttelte mit dem Kopf. „Rein,“ sagte er, „die Fasanen thun den Wiesen nichts; im Gegentheil fangen sie die Grashüpfer weg und sind auch sonst artige Thiere.“

„Herr Gott von Danzig,“ fluchte der Forstmann still vor sich hin, „ob das nicht gerade genug ist, um den Bestand zu verlieren!“ — Und um sich nur nicht länger zu ärgern, fuhr er wieder zurück in das Gebüsch und schritt an dem Vergabhang hin der Wiese zu.

Der Förster hatte in der That heute einen ganz ingrimmigen Zorn, und auch vielleicht mit Recht, denn er konnte es sich nicht verhehlen, daß auf seinem Revier gewilbert wurde, und war doch auch nicht im Stande, den Freuler zu erwischen, so viel Mühe er sich deshalb schon gegeben.

Er wohnte freilich auch dazu entschlich unbehaglich, denn die eigentliche Jagd des Grafen, ein großes, sehr bedeutendes Waldgehege, ließ nicht einmal an die Stadt, sondern begann erst an dem nächsten Dorf, dessen Ge-

heranzuziehen. An den betreffenden Abenden durften sie aber nie eingeladen werden.

Paula war recht unglücklich und erwartete unter Zittern und Bangen den Abend; wußte sie doch schon im Voraus, in welcher Verzweiflung ihr Rudolph sein würde — und was konnte sie ihm sagen, wie ihn trösten.

Draußen im Park schaffte und arbeitete der alte Gärtner Jonas, der als Knabe, ja, fast als Kind in den Diensten des Waters der Gräfin gekommen und dann später mit ihr hierher übergesiedelt war. Er galt als eine Art von altem Inventar im Hause, und so stolz die Gräfin selber auch nur die geringste Unterhaltung mit ihren Diensthöfen vermied, mit dem alten Jonas plauderte sie oft, wenn sie in den Park kam und ihn bei seiner Arbeit traf, fragte ihn, wie es ihm ginge und was er treibe, und gab ihm auch wohl manchmal ein Stück Geld, um sich eine Extragüte daran zu thun. Der alte Mann hing deshalb auch mit großer Liebe und Verehrung an ihr.

Jonas war heute beschäftigt, die aufgeblähten Blumensträuben von den verschiedenen Büschen und Rosensträuchen abzuschneiden und die Wege unmittelbar um das Schloß herum wieder auszurechen, denn die Aussicht im Park selber hatte sein Untergebener, ein Gärtnerbursche. Wie er noch daran war, kam der Förster Näher, die Flinte auf dem Rücken, die kurze Pfeife im Mund, mitten durch die Büsche heraufgestiegen und sah sich hier, ehe er den Alten bemerkte, überall in den Wegen selber aufmerksam um. Aber da war schon jede, sonst vielleicht mögliche Spur durch den Rechen des alten Mannes verwischt und ausgeglichen worden, und der Förster verbiß einen Fluch über seiner Pfeifenspitze. Eben wollte er sich auch wenden und den Weg hinuntergehen, als er den Alten entdeckte, der mit seiner kurzen Leiter oben in einem Busche emsig beschäftigt war.

„Geh, Jonas,“ redete er diesen an, „Ihr kriecht doch manchmal noch nach Dunkelwerden im Park herum, habt Ihr denn nie etwas bemerkt, daß sich hier noch Gefindel nach der Zeit in den Büschen aufhielt?“

„Guten Abend, Herr Förster!“ nickte ihm der Alte zu; „ja, ein recht schöner Abend heute.“ „Lauter Gsel!“ brummte der Förster ergrimmt in

Feuilleton.

Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung)

Am alten Wirthurm.

Am dem Nachmittage war es recht still im Nonford'schen Park. Graf und Gräfin hatten eine Einladung in die Stadt angenommen, der sich Paula durch vorgeschickte Kopflinien entzog, und Georg ritt schon gleich nach dem Auszug auf ein benachbartes Gut — angeblich um ein dort angekauftes Pferd zu sehen, in Wirklichkeit aber, um die Aufmerksamkeit des ihm befreundeten Gutsheeren zu der theatralischen Vorstellung am Verlobungsabend zu erbitten.

Die Verlobung war nämlich fest bestimmt worden. Paula hatte allerdings noch, selbst an dem Morgen, einen Besuch gemacht, die Eltern wenigstens um Aufschub eines entscheidenden Schrittes zu bitten, aber umsonst. Die Mutter — heute finsterner und unnahbarer als je — hatte sie kurz abgewiesen, und der Vater sie einfach gefragt, welchen Grund sie für einen solchen Aufschub angeben könne, und sie dann nicht gewagt, Sandoz's Namen zu nennen. Wußte sie doch auch nur zu gut, mit welcher Entschlossenheit mit welchem Zorn nur die Andeutung eines solchen Besuchs von den stolzen Eltern zurückgewiesen worden wäre. Wollte sie ja doch Weide die Ansprüche des Herzens nicht gelassen, wo die Ehre ihrer Familie, wie sie meinten, auf dem Spiele stand!

Nicht einmal ein Bürgerlicher hätte wagen dürfen, um die Hand der reichsten Grafentochter des Landes zu werden, so wenig er sich sonst auch dem Fortschritt der Zeit verschließen zeigte — noch immer als eine untergeordnete Klasse betrachtete, so daß es sogar damals Schwierigkeiten gehabt hatte, seine Erlaubniß zu erhalten, wirkliche Schauspieler zu den Proben ihres kleinen Liebhabertheaters

über das en 7 Uhr alarmirt im edlen er wieder m Leben. 8 Arbeit le thätig nach ein en. Zu schneim w. Ab gen sind der be nur mit Lagerkle dal wohl Fabrik ist Maschinen nen Tag die Ber t in den inneren Doch abt gefahrt; eden mit end des angebricht. Hies w üblid so Friedhöf en, liegen der demo, als man allein W gung der Es waren die ein nach oben noch Wo alle die von der Markt ge gerichtet hier der im Domb er sich an trafe ist atheit und n Wäde mehrten amwäh und ein bis bei den tre englische xion der ames Soll erte Loch die istichen Geschäfte wärdt aditions erhalten. nie Auf- und Föom. Mit des Wer ihl solcher t wollten. domerlon Partei bezweifel wend all n Freiheit das Gr überjeugt, läne aus- lge dro it haben. vrüche die Frankrich des nach das W in China Redaction Unruhden bestritten. Arbeiter und dieser Weise für er Sozial tebe er in auf Ein- dren zu Betwen auf einer Aufnahme Besamm- ung der- uftionelle lgen hat undung beim der Straßer lügt hat Anweife- nicht zu Anhaber über den mit Be- ngstollen hätte den ar, wenn uf eigene leben in- ute. Da us fallen

Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, die aus seiner Thätigkeit und seinen Reden seit dem Jahre 1881 im einzelnen nachgewiesen wird.

Belgien.

Der belgischen Regierung stehen jetzt 106 Millionen Franks für öffentliche Arbeiten zur Verfügung. Im September findet eine außerordentliche Kammer Session zur Beratung der Vorlagen statt, die die Regierungskommission für die Arbeiterfrage vorbereitet. Nach der Revue der „Gazette de Belgique“ befürchtet man am 1. Juni in allen Arbeiterzentren den Ausbruch eines neuen allgemeinen Streiks: schon bringen die Werkdirektoren ihre Familien und Gade in Sicherheit. Worauf diese Mitteilung beruht, ist nicht zu übersehen.

Frankreich.

Die Abgeordneten Michelin und Blanteau haben dem Außenminister Balthus angezeigt, daß sie ihn nach den Ferien wiederum über die Arbeitslosenstellung von Deca-ville zur Rede zu stellen wünschen. Die Gesellschaft der Arbeiter hat nämlich das Schiedsgericht, dessen Annahme schon für sicher galt, schließlich dennoch abgelehnt. Darüber sind die Strikenden um so erbitterter, als der Streikfonds in Deca-ville zu Ende geht und die Arbeiter also genötigt sind, volentes volentes die Arbeit wieder aufzunehmen. Aus Deca-ville wurde unter dem 14. Mai gemeldet: „Gestern Nachmittag zeigte die Berg-Gesellschaft an, daß sie den Abgeordneten Laur als Schiedsrichter nicht annehme. In Folge dieser Antwort ist der Direktor der Gesellschaft, Pettisier, sofort nach Paris zum Verwaltungsrath abgereist. Die Versammlung der Bergleute, der der abschlägige Bescheid des Verwaltungsraths mitgeteilt wurde, nahm denselben sehr stürmisch auf. Es wurden Beschuldigungen, Klagen und Drohungen gegen die Gesellschaft kundgegeben. Die Delegierten der Bergleute beschloßen, ihr Schreiben an Laur, worin sie ihn zum Schiedsrichter ernannt hatten, zurückzugeben.“ — Im letzten Minister-rath machte der Minister des Innern Mittheilungen über den Verlauf der schwebenden Arbeitseinstellungen. Der Verwaltungsrath der Bergwerke von Deca-ville hat die Ablehnung des vom Abgeordneten Laur angebotenen Schiedsrichters in einem Schreiben an denselben folgendermaßen bezeugt: „Die Gesellschaft kann nur über die eine Frage die Annahme eines Schiedsrichters zu lassen, ob die am 26. Februar eingeführten Tarife den früheren gleich sind. Ueber diesen Punkt bleiben wir zu Ihrer Verfügung.“ Der Abg. Laur hat an Garrie, Gemeinderath von Deca-ville und einer der Vorführer der Bergleute, folgenden Brief gerichtet: „Die Bergleute hatten mir ein vollständiges Mandat gegeben, die Gesellschaft giebt mir nur ein unvollständiges. Ich weise es zurück. Ich danke den Bergleuten für das unbedingte Vertrauen, das sie in mich gesetzt haben; ich werde ihnen stets dankbar dafür sein. Vertrauen gegen Vertrauen! Die Gesellschaft wird schließlich gezwungen sein, sich einem nach Ihrer ursprünglichen Forderung zusammengesetzten Schiedsgerichte zu fügen. In dieser Voraussicht habe ich einen Spruch gefällt, den ich Ihrer Ehrlichkeit anvertraue. Sie werden denselben nur mit meiner Erlaubnis und nach Erledigung der Fragen der Arbeitslosenstellung öffnen. Dann wird man sehen, auf welcher Seite das Recht war.“ Fast die ganze Presse, selbst gemäßigtere Blätter, wie „Matin“ und „Republique française“, tadeln es, daß die Gesellschaft die Vermittlung des Abg. Laur zurückgewiesen.

Die Arbeitslosenstellung in den 5 großen Glasfabriken bei Lyon ist dem Ausgliche nahe, da die Arbeiter auf Veranlassung der Arbeitgeber Vertreter zur Unterhandlung gewählt haben.

Großbritannien.

Die Hauptbedeutung der Konferenz in Dartington finden wir in dem „Daily News“ in der Vereinigung der liberalen Opposition in dem Entschluß, die irische Regierungsbill zu verwerfen. Diese Vereinigung sei nicht durch Zugeständnisse Lord Salisbury's bewirkt worden. Er behaupte seine von Anfang an eingenommene Stellung; aber Chamberlain und Trevelyan seien zu ihm übergegangen. Die Politik, welche die Regierung unter den gegenwärtigen Schwierigkeiten verfolgen dürfte, wird von der „Daily News“ wie folgt skizziert: „Der Regierung steht jetzt nur ein Resthaufen offen. Die Bemühungen, den Einwänden Chamberlain's und seiner Freunde zu begegnen, sind fehlgeschlagen; Gladstone muß ohne die Hoffnung auf deren Unterstützung weiter gehen. Dieser Wechsel in der Haltung braucht in dem Entschluß der Regierung betreffs der zweiten Lesung der Bill keine Veränderung herbeizuführen, da es sich nur um die Befestigung des Prinzips handelt. Die Beschränkungen, welche Gladstone bei dem Antrage auf zweite Lesung machte, und welche Campbell-Bannerman am Donnerstag noch weiter ausdehnte, haben es zum wenigsten klar gemacht, daß sehr umfangreiche Amendements angenommen werden würden, wenn die Majorität zur Ausdehnung gelangen sollte. Alle Wahrscheinlichkeiten der politischen Lage deuten auf eine baldige Auflösung.“

Während der vorgestrigen Sitzung des Unterhauses kam der Präsident des Gemeinde-Verwaltungs-Kollegiums (Local Board) nicht von einer gefräßigen und lichtscheuen Gule geheilt werden konnten. Jetzt flatterte ein großer, schwarzer Vogel, es war ein Fasanenhahn, der sich in einen der jungen Bäume hinaufschwang und dann mit thörichtem Speiela, Schreien und Glucksen der Nachbarschaft verkündete, daß er glücklich oben angekommen wäre, und wo er die Nacht schlafen würde. Er hörte auch nicht eher mit Schreien auf, bis er sich ordentlich zurecht gerückt und seine Federn gehörig aufgeplustert hatte.

Dann kam ein anderer und noch ein anderer, wie es dunkler wurde, und die Federmäuse fingen schon an, ihre Schnäbeln zu ziehen, während noch hoch in der Luft und in dem dämmernden Abend selbst unsichtbar ein Volk Raben mit lautem Getöse nach ihrem Ruheplatz, zu dem schwebende Bergabhang hinüberstrich.

Dann wurde es still, ganz still. Nur die Grillen sprangen noch in den Bäumen und unten vom Schloßsteige heraus läute das monotone, schläfrige Quaken der Frösche. Draußen am bläulichen Himmel aber hob sich voll und majestätisch die rothglühende Mondscheibe heraus, und während sich unten im Thal der Nebel sammelte, goß sie hier oben, als sie höher stieg, voll und klar ihr mildes Licht über die Hügel.

Aber anders Leben regte sich.
(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Der „Eberl in Treptow“ ist seit Öffnung der Saison fast täglich von einem schaulustigen Publikum gefüllt und ernten den reichlichsten Beifall. Nicht dem unkomischen Duettisten-Voxler und Herrn A. Geldner erregt der indische Witz-Pantomime und Gaukler Mr. Eldon das größte Staunen beim Publikum. Am Donnerstag gastirt die beliebte und reizvolle Gesellschaft „Wanderer di Statmont“ und die Luft-Gymnastik in diesem Jahre bei dem Engagement-Abschlüssen den unerwartlichsten Eifer an den Tag gelegt.

Government Board) Standfeld auf die gestern erwähnte Rede Lord Salisbury's (s. Letzte Nachrichten) zu sprechen. Er erklärte, dieselbe übersteige an berechneter Rücksichtslosigkeit Alles, was je in der Rede eines Mitgliedes der National-Liga enthalten gewesen sei. Redner dankt Salisbury für dessen Ruf zum Kampf, der in den Reihen der Liberalen Entfristung, Entschlossenheit und Einigkeit erwecken werde. Es sei thöricht, zu glauben, daß nach weiterem zwanzigjährigen Bestehen von Zwangsgefangen Irland versöhnt sein werde. Bei der Behandlung der irischen Frage seien auch die Irländer in Amerika nicht zu vergessen. Die irische Nation sei von der Zurechtweisung erfüllt, daß sich ihre Forderungen als unabweisbar herausstellen würden. Die Bill sei bestimmt, den Frieden herbeizuführen und die Union zwischen Irland und England zu stärken, weil dieselbe alsdann auf moralischeren Grundlagen beruhen werde.

Italien.

Nebr als je regen sich die Arbeiter in Italien, um bei den nächsten Wahlen ebenfalls einige Siege in der Kammer zu erobern; das Hauptzentrum ihrer Agitation ist Mailand. Ein Manifest, das von der „Fratesanza Garibaldi“ beider Geschlechter“ unterzeichnet ist, verfaßt unter anderem, daß die soziale und politische Frage nicht getrennt werden können; die soziale Gerechtigkeit müsse mit der politischen Freiheit gleichen Schritt halten. Ein anderes Manifest fordert die Arbeiter auf, nur Arbeiter zu Deputirten zu wählen, „Fabrik- oder Feldarbeiter“; und es sagt bei: „Die Arbeit hat das Recht, in der Regierung des Landes vertreten zu sein.“

In der Wahlbewegung in Italien hat am Sonntag der Handelsminister Crimaldi bei einem in Catanzaro stattgehabten Wahlbanquet Gelegenheit genommen, die von den Gegnern des Cabinets Depretis vielfach bekämpfte auswärtige Politik der Regierung zu rechtfertigen, indem er sich einem Wollf'schen Telegramm aus Rom zufolge u. A. äußerte: In der ostrumelischen und in der griechischen Angelegenheit sind wir immer vollkommen im Einvernehmen mit den drei Kaiserreichen und mit England vorgegangen, die Freundschaft Englands ist werthvoll für unsere maritimen Interessen im Mitteländischen Meere. Die den Kammern vorgelegten diplomatischen Aktenstücke werden ergeben, daß wir ohne Bögen und ohne Schwäche den doppelten Zweck verfolgt haben, zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und zum Wohle jener Bevölkerung mitzuwirken. Ein Jaudent von unserer Seite hätte uns das Ansehen im Kontraste der Großmächte kosten und eine verhängnisvolle Spaltung zwischen den Mächten herbeiführen können. Die Politik der Regierung in Afrika anlangend, so ist zu bedenken, daß die Wirkungen kolonialer Unternehmungen notwendig Weise sich nur langsam einstellen können. Wassaui ist ein wichtiger Stapelplatz, wenn wir denselben jemals verlassen sollten, würde ihn gewiß eine andere Macht okkupieren. Zeigen wir also auch hierin, daß wir ein erstes Woll sind, das an seine Zukunft glaubt. Bevor wir für die Wiederherstellung der Expedition des Grafen Borro die verdiente Rache zu nehmen suchen, müssen wir uns Rechenschaft geben über die Opfer, welche dies erheischen könnte, sowie über die Gefahr, die wir laufen könnten, in einem Augenblicke, wo die höchsten Interessen alle unsere Kräfte in Europa in Anspruch nehmen, und weitab von Europa in eine fahrlässige Expedition verwickelt zu finden. Wir werden ruhigen Blutes unsere Entscheidung fassen, wenn wir es ohne Gefährdung höherer Interessen thun können.

Vom 16. bis 17. d. Mittag kamen in Venedig 4 Choleraerkrankungen und 4 Cholera-Todesfälle vor, in Bari 6 Erkrankungen und 4 Todesfälle.

Balkanländer.

Nach einer Meldung der „Pol. Corr.“ aus Philippel ist gestern ein Versuch der bulgarischen, russenfreundlichen Oppositions-Fraktion, ein gegen die Regierung gerichtetes Meeting zu veranstalten, gescheitert. Ungefähr 5000 Personen erschienen, verlegten die Eintrüster und beschlossen, ihre Anhänglichkeit dem Fürsten gegenüber und Vertrauen für dessen Regierung auszusprechen.

Wie die „Mosk. Wied.“, das Organ Railow's, berichtet, hatte der russische Gesandte in Athen, Herr Bügum, vor seiner Abreise nach Moskau eine längere Konferenz mit Delgannis, welcher hierauf Rede man erzählte, er sei der Hilfe Rußlands vollständig sicher. Herr Bügum begleitete bis Konstantinopel der russische Militäragent in Athen, Herr Protopopow, welcher die nöthigen Auskünfte über den Stand und die Schlagfertigkeit der griechischen Armee ertheilte. — Für die Beförderung der Deputirten aus den griechischen Inseln Syra, Cuboca, Bolo und anderen Distrikten nach Athen ist die Kammerverhandlungen ist dem „Reuter'schen Bureau“ zufolge ein englischer Dampfer aus Spezia gechartert worden. — Die Flotade zu durchbringen ist nach einer Äthener Meldung während des Sturmes vom 17. d. M. neun Barken und kleinen Segelschiffen gelungen. Dieselben sind aus dem Hafen von Piräus nach Negina, Boros und den Inseln entkommen. Unmittelbar nach der Anklündigung der Flotade trafen vier türkische Kriegsschiffe an der Mündung des Buneus in Agdanni ein und nahmen daselbst Sondirungen vor.

Wahntwisch der Eitelkeit. Italienische Blätter melden aus Pisa: Als Angestellte erscheint Signora Rosina Badonni, welche geständig ist, am 10. Februar d. J. ihre sechzehn-jährige Tochter Emilia, die eben aus dem Pensionate ins Elternhaus zurückgekehrt war, ermordet zu haben. Frau Badonni, eine ebenso schöne als eitle Dame, sollte am 11. Februar einen Ball besuchen und auf demselben zum erstenmale die Rolle der „Garde-Dame“ bei ihrer Tochter spielen. Je näher der Tag heranrückte, desto nervöser wurde die Dame; sie hat ihre Tochter, diese möge dabei bleiben, doch das junge, lebenslustige Mädchen erklärte nachdrücklich: „Papa hat es erlaubt, ich gehe mit.“ Fräulein Emilia richtete vor dem Schlafengehen noch die Blumen auf ihrem Ballkleide zurecht, die Mutter stand daneben und sagte mühsam: „Mach's doch und Rosen — das ist die Jugend.“ Am nächsten Morgen fand man das Mädchen mit verzerrten Gesichtszügen (toti im Bett); in der Almonade, die sie vor dem Schlafengehen auf Karthen der Mutter getrunken, erwies die Chemiker das Vorhandensein von Arsenik. Frau Badonni, die im Gefängnisse bereits drei Selbstmordversuche gemacht, wurde zu 15 Jahren Kerker verurtheilt.

Zum Kapitel „Heiligkeit der Ehe“. Ein arger Skandal in den höchsten Adelskreisen mocht in Rom seit einigen Tagen viel von sich reden. Wie der „Cassaro“ berichtet, handelt es sich um eine römische Prinzessin, welche hinsichtlich ihrer unvergleichlichen Schönheit als erster „Stern“ in der dortigen Gesellschaft glänzt. Ihr Gemahl abertraf sie, als ihr der Kammerdiener einen Brief von einem sibilianischen Fürsten, mit dem sie ein intimes Verhältnis angeknüpft hatte, zustellte. Der Herzog — diese Würde besitzt dem hintergangenen Gemahl an — bemächtigte sich des ominösen Schriftstückes und versetzte, als er es gelesen, dem Domestiken eine solche Ohrfeige, daß er ohnmächtig zu Boden taumelte. Die ungetreue Gattin aber sandte er umgehend ihren Eltern zurück. Die Folge dieses Skandals dürften mehrere Duelle sein, in welchen der Bruder der Verführten eine Rolle spielt. Die verlebte Dame galt bis jetzt im Vatikan als ein Ausbund von Frömmigkeit und Tugend, und Leo XIII. beehrte sie trotz ihrer Jugend mit seiner persönlichen Freundschaft. Wie sich jetzt herausgestellt hat, beruhte sie ihren täglichen Abergang zum Stehlschein mit ihrem Amorofo.

Ueber die Ermordung eines Kaufmanns wird aus Rußland geschrieben: „Wie alljährlich an vielen Orten zum Osterfest das Märchen verbreitet wird, die Juden bedürfen zu ihren Ofern des Blutes von Nichtjuden, so geschah es

Amerika.

Ueber die Zustände in Chicago und Milwaukee sowie über die Arbeiterbewegung schreibt die „N.-Y. Herald“: Die traurigen Vorgänge, welche im Laufe dieser Woche in Chicago und Milwaukee stattgefunden haben, sind die Folgen der Wählererei und Exzessen seitens der anarchischen Agitatoren, Mof, Spieg und Genossen. Es steht zu erwarten, daß die Behörden kurzen Prozeß mit den Anarchistenführern und ihren Anhängern machen und ihnen ein für alle Mal das Handwerk legen werden. Mit der Arbeiterbewegung haben diese anarchischen Verbrecher nichts zu thun; alle Arbeiter-Organisationen und Gewerkschafts-Bereine verdammen die Ausschreitungen in Chicago und Milwaukee auf das Entschiedenste und die Arbeiter in Chicago sollen sogar gedroht haben, die Anführer und Berührer der dortigen Mordthaten summarisch abhauen zu wollen. Die englisch-amerikanischen Zeitungen ohne Unterschied der Parteischattirung rathen aus Anlaß der dieswöchentlichen Schandthaten im Westen scharfes Vorgehen gegen die anarchischen Untriede an. Die hiesige „Times“ ist der Ansicht, daß die Arbeiter-Organisationen keine Verantwortung für die Ausschreitungen im Westen hätten, und meint, der Zustand in Chicago sei ein direkt in das Herz der Arbeiterbewegung gefeuerter Schuß.

Am 25. d. M. schreibt die „N.-Y. Herald“ weiter, findet in Cleveland, Ohio, eine Generalversammlung von Delegaten der verschiedenen Organisationen des Ordens der „Knights of Labor“ statt und wie ein Mitglied des Exekutivkomitees des Ordens, Herr Jones, erklärt hat, werden in dieser Versammlung Maßregeln beschloßen werden, um solchen Streiks, wie der an dem Gould'schen Eisenbahnsystem, in Zukunft vorzubeugen. Es soll zu diesem Zweck die Bestimmung getroffen werden, daß das Exekutivkomitee allein die Befugnis haben soll, einen Streik anzuordnen. Da nun die Mitglieder dieses Komitees sämmtlich der Ansicht ihres Vorstehenden Powderly in Bezug auf Arbeiter-Zustände sind, kann man mit Sicherheit annehmen, daß von nun an seitens des Ordens der „Knights of Labor“ nur noch im äußersten Falle, d. h. wenn alle Mittel, Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern auf schiedsrichterlichem Wege beizulegen, fehlschlagen, sich zu einem Streik gezwungen werden wird. Herr Powderly und seine Kollegen sind so davon durchdrungen, daß in Zukunft jeder Disput zwischen Arbeit und Kapital auf gutlichem Wege geschlichtet werden kann, daß sie erklärt haben, ihrer Ansicht nach werde der soeben beendete große Eisenbahnstreit der letzte sein, welcher seitens des Ordens der „Knights of Labor“ inaugurirt worden sei. Wie vorausgesehen war, hat die von den verschiedenen Gewerkschaftsbereinen des Landes am 1. Mai inaugurierte Bewegung betreffs Reduzirung der täglichen Arbeitszeit, die sogenannte Achtstunden-Bewegung, viele Arbeitseinstellungen im Gefolge gehabt und dürfen wir uns in nächster Zeit noch auf eine Zunahme derselben gefaßt machen. In den östlichen Städten des Landes sind die Streiks nicht so zahlreich wie im Westen, da in ersteren viele Arbeitgeber die Angelegenheit als ein Experiment betrachten, welches sie zu machen geneigt sind.

Asien.

Ueber eine Araber-Revolution unweit Jeddah wird dem Reuter'schen Bureau von dort unterm 10. Mai berichtet: Ein Sudaneser schnitt an der Spitze von fünfzig Arabern den Telegraphenbricht nicht weit von hier ab und proklamirte sich zum Mahdi. In einem Scharmägel zwischen den Rebellen und einer Abtheilung türkischer Soldaten verloren die letzteren mehrere Tödtliche und Verwundete. Später hatte eine vom Kal-malam befehligte Truppenabtheilung mit dem Mahdi einen Zusammenstoß und nahm sieben seiner Anhänger gefangen. Dieselben wurden enthauptet und ihre Köpfe auf Stangen an den Thoren Jeddah's aufgestellt. Es ist nicht bekannt, ob es dem falschen Propheten selbst gelang, zu entkommen.“

Gerichts-Zeitung.

Reichsgerichts-Entscheidungen. Leipzig, 17. Mai. (Hausfriedensbruch und strafbarer Eigennutz.) Die Barbiersleute Anderson in Großgörschen lagen im Sommer v. J. im Ehe-scheidungsprozeß und die Ehefrau hatte die Wohnung ihres Mannes dauernd verlassen. Um die von ihr in die Ehe eingebrachten Sachen, Nähmaschine, Kommode, Sopha und Kleider-schrank wieder in ihren Besitz zu bringen, erschien sie am 5. September in der Wohnung des gerade abwesenden Anderson mit zwei Arbeitern namens Schmeißer und Schmidt. Ohne sich an das Verbot einer Angehörigen des Anderson zu kehren, ließ sie die Sachen aus der Wohnung hinaus- und fortzuschaffen. Am 23. September drang sie noch einmal in ihre frühere Wohnung ein um ihre Betten zu holen und zwar bewerkstelligte sie dies, indem sie mittels einer Leiter einstieg. Später wurde die Ehe der beiden Leute gerichtlich getrennt. Am 17. März d. J. standen nun die U. und jene beiden Arbeiter vor dem Landgerichte in Raumburg unter der Anklage des Eigennutzes und Hausfriedensbruchs. Was das erstere

dieses Jahr auch hier in Rußland. Der Hergang war folgender: Ein reicher Kaufmann aus Trapezunt kam, wie alljährlich, im Monat April hier an, um mit seinen hiesigen und rumänischen Geschäftsfreunden Handelsangelegenheiten zu ordnen. Er verkehrte auch viel mit jüdischen Wechslern. Bisherig verschwand dieser Kaufmann, alle Nachforschungen nach dem Verschollenen blieben erfolglos. Da lenkte sich der Verdacht auf einen persischen Dabichemar (Süßrüchenshändler), mit welchem der verschwundene Kaufmann auch viel verkehrte und der ihm einen bedeutenden Geldbetrag schuldet. Der Dabichemar wurde verhaftet, allein er behauptete, er wisse nicht, wo der Kaufmann hingekommen sei, behauptete großen Schmerz, daß einer seiner besten Freunde verschwunden und wahrscheinlich von den Juden ermordet wurde, welche sich seines Geldes und seines Blutes bemächtigen wollten. Er that ganz entsetzt, daß man gewagt habe, ihn, den Unschuldigen, zu verhaften, und drohte, beim russischen Konsulate, unter dessen Schutz die hier wohnenden Perlier stehen, aber seine ungeordnete Verhaftung Beschwerde zu führen. Da keine gravirenden Anzeichen gegen ihn vorlagen, wurde er entlassen. Am andern Tag fand man im Viertel der Spaniolen in der Nähe des Tempels einen Menschenlopf und zwei Hände, welche Körpertheile als die des verschwundenen Kaufmanns agnoskirt wurden. Es entstand eine ungeheure Aufregung, Bulgaren und Türken bezeichneten die Juden als die Mörder, da sie das Blut zu rituellem Zweckgebrauchen. Es wäre gewiß zu thätlichstren gekommen, wäre die Polizei nicht energisch eingeschritten. Aber anstatt die Juden zu verhaften, verhaftete sie abwechselnd den verdächtigen, erst Tags zuvor aus der Haft entlassenen persischen Dabichemar. Diesmal wurde er einem strengen Verhör unterzogen und er legte bald ein umfassendes Geständnis ab. Er habe den Kaufmann, so erzählte er, zu sich ins Haus geladen, um ihm die Schuld zu bezahlen, habe ihn dann mit Hilfe seines Schwagerjöhnes ermordet, da sie vermuteten, er habe wenigstens 500 Pire bei sich, indeß fanden sie nur 26 Pire. Nach seiner Enthaltung habe er den Kopf und die Hände des Ermordeten in die Nähe des Tempels gelegt, um den Verdacht auf die Juden zu lenken. Der Körper befände sich im Keller seines Hauses. Diese Angaben fanden volle Bestätigung. Bei der Hausdurchsuchung fand sich der halboberste Rumpf im Keller vor. Die beiden Mörder sind verhaftet und wurde dem russischen Konsulate von der Verhaftung Anzeige gemacht. Auch dem Justizministerium in Sofia, sowie nach Konstantinopel wurde diese Mordthat telegraphisch angezeigt. Der ermordete Kaufmann hinterließ in seiner Heimat zwei Frauen und zwölf Kinder.“

Bergehen anlangt, so konnte die Anklage nachweisen, daß sie sich im guten Glauben befunden habe, da ein Rechtsanwalt ihr gesagt hatte, sie könne, ohne sich strafbar zu machen, ihr Eigentum fortsetzen. Das Gericht erachtete zwar objektiv ein Vergehen des Eigentümers als vorliegend, da der Gemann ein Nießbrauchsrecht an den Sachen hatte, sprach aber die Angeklagte wegen mangelnden Dolus frei. Auf die beiden Mitangeklagten indes war nach Ansicht des Gerichts der gute Glaube der A. ohne Einfluß und wurden sie deshalb verurteilt. Wegen Hausfriedensbruchs wurden jedoch alle drei Angeklagte verurteilt, und zwar nahm das Gericht bezüglich der am 5. September begangenen Handlung Gemeingefährlichkeit an. — Auf die Revision der Angeklagten hob der III. Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil auf und verwies die Sache in die erste Instanz zurück. In den Entscheidungsgründen wurde ausgeführt, daß die Urteilsgründe in Beziehung auf die Gemeingefährlichkeit des Hausfriedensbruchs nicht ausreichend seien und daß die Feststellungen bezüglich des Eigentümers insofern der Vollständigkeit entbehren, als es nicht über alle Zweifel erhaben sei, ob der gute Glaube der Hauptangeklagten den Mitangeklagten nicht zu Gute kommen dürfte.

Leipzig, 17. Mai. (Fahrlässige Tötung.) Der Maurer-Genosse Friedrich Holz in Ralsch wurde am 6. März von der Strafkammer in Gütrow von der Anklage der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Er führte am 20. September v. J. bei den Bauten an dem Bahnhofs in Ralsch die Oberaufsicht und hatte sich vor Beginn der Arbeit davon zu überzeugen ob die Gerüste alle in gutem Stande seien. Die Befestigung sei jedoch nur sehr oberflächlich aus, weil ihm zu einer eingehenderen die Zeit fehle. So überließ er, daß ein Gerüst fehlerhaft gebaut war, und als der Maurer L. auf demselben seine Tätigkeit begann, brach es durch und ließ den Unglücklichen in die Tiefe stürzen. Ohne wieder zur Besinnung zu kommen verstarb L. am nächsten Tage. Das Gericht verneinte die Frage, ob Holz an dem Tode des L. verantwortlich sei, weil für denselben die Zeit nicht ausgereicht haben würde, alle Gerüste genau zu untersuchen und deshalb er nicht verpflichtet gewesen sei, die Untersuchung bis in die kleinsten Details auszuführen. — Die gegen das Urteil eingelegte Revision des Staatsanwaltes wurde in der Sitzung des III. Strafsenates des Reichsgerichts vom 17. Mai von dem Rechtsanwalt für begründet erklärt.

Die Beweisführung des ersten Richters ist nach Ansicht des letzteren eine durchaus irrtümliche. Wenn der Angeklagte nicht die Zeit zur Untersuchung gehabt habe, so entschuldige ihn das keineswegs, er hätte eben eine solche Arbeit nicht übernehmen sollen. — Das Reichsgericht hob darauf das Urteil auf und verwies die Sache in die erste Instanz zurück.

Halle a. S., 15. Mai. Ein braunschweiger Looseshändler klagte bei hiesigem königl. Landgericht gegen einen Schneidermesser in Schleuditz auf Zahlung eines Betrages, den ihm der Beklagte für Loos der Braunschweiger Landeslotterie schuldig geblieben war, welche er für ihn verlaufen sollte. Das Gericht wies indessen die Klage ab, da die Forderung aus einem Vertrage über Handlungen resultiere, welche sowohl auf Seiten des Klägers, wie des Beklagten unerlaubt waren, da sie eine Verletzung des § 1 der Verordnung vom 5. Juli 1847 enthielten. Der Vertrag war nach §§ 68, 51 Z. 1 des Allg. L. R. nichtig und aus einem nichtigen Vertrage findet keine Klage statt.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Berliner Zimmerleute haben am Montag auf vielen Plätzen die Arbeit eingestellt. Man sieht in allen Stadtvierteln die Zimmerleute truppweise zusammengehen. Ihr Verhalten ist musterhaft, ruhig und geistig. Erfreulich ist die Tatsache, daß viele Arbeitgeber, darunter eine Anzahl Innungsmeister, die Forderungen der Gesellen anstandslos bewilligt haben. Nur ein kleiner Bruchteil verweigert jede Unterhandlung mit den Gesellen. Gestern wurden mehrere Fälle konstatiert, wo leigere Arbeitgeber in das Krankenkassenbuch der Ortskasse bei der Austrittsberechnung bedenkliche Zeichen gemacht haben.

Der Streit der Berliner Steinträger hat nur sehr geringe Dimensionen angenommen. Bis Montag Abend 6 Uhr hatten sich bei der Streitkommission erst 30 streikende Kollegen gemeldet. Den weiter eingegangenen Nachrichten zufolge sollen die Meister resp. Bauunternehmer den neu ausgearbeiteten Tarif der Steinträger bewilligt haben.

Die Klavierarbeiter, früher mit zu den am besten gestellten Handwerkern zählend, gehen gleich den anderen Branchen immer mehr in ihren Lohnverhältnissen zurück. Es sind nur noch wenige Fabriken, in denen es bei den alten Sätzen verblieben ist und wo Differenzen zwischen Arbeitgebern

und Arbeitnehmern auch für die nächste Zeit nicht in Aussicht stehen. Neuerdings hat in der Pianofortefabrik von Ballinger, Mariannenplatz, deren Inhaber ein Kaufmann ist, eine Lohnherabsetzung von 15 pCt. stattgefunden. Daß die Arbeiter der betreffenden Fabrik davon nicht erbaud sind und es nicht an Protesten haben fehlen lassen, ist klar. Die bisherigen gütlichen Verhandlungen einer Kommission des Klavierarbeitervereins mit Herrn Ballinger haben leider noch kein Resultat erzielt. Vielleicht wird aber doch noch etwas Positives erreicht. Das liegt sowohl im Interesse des Fabrikanten, als auch seiner Arbeiter.

Die Braunschweiger Zimmergesellen, etwa 400 an der Zahl, streiken jetzt sämtlich, auch ist ein allgemeiner Streik in Aussicht; ein kleiner Teil der Zimmergesellen streikt schon. Die Streikenden verlangen dreitägige gegenseitige Kündigung und bei zehnstündiger Arbeitszeit einen Minimallohn von 35 Pfennig pro Stunde; die Meister wollen diesen Lohn nicht durchweg, sondern nur für tüchtige Gesellen zugestehen.

Auf fünf Magdeburger Zimmerstreifen haben 52 Gesellen und auf sechs Bauten 48 Maurer die Arbeit eingestellt.

Aus Sachsen wird uns mitgeteilt, daß ein harter Zug von böhmischen Arbeiter, wie Maurer, Zimmerleute, Handlanger, meist aus den Gegenden von Karlsbad, Bisen u. hier anlangt. In manchen Tagen hat der Zug dieser Arbeiter nicht weniger als 200 bis 300 bei einem einzelnen Eisenbahnzuge betragen. Dieselben haben in Chemnitz, Jaidau, Reichenbach, Blauen und noch vielen anderen Ortschaften Arbeit gefunden. Sie sollen allerdings in der Mehrzahl einfache, beschwerliche und fleißige Leute sein, welche, wenn sie im Herbst nach der Heimath zurückkehren, gute Ersparnisse mit nach Hause nehmen. Hierzu bemerkt das amtliche „Dresdener Journal“ folgendes: „Von der hierländischen Arbeiterbevölkerung werden sie begreiflicherweise meist mit scheelen Augen angesehen; zu wünschen wäre aber, daß die fremden Arbeiter von den einheimischen entbehrlich gemacht und so auch die Arbeitersparnisse im Lande erhalten werden könnten.“ — Diese Redensart heißt nichts weiter, als daß die sächsischen Arbeiter ebenso unterwürdig, ebenso bedürftig sein und gegen einen ebenso niedrigen Lohn arbeiten sollen, als die böhmischen Arbeiter.

Invalidenstr. 159,

nahe der Brunnenstr.

Gustav Sabor

Invalidenstr. 159,

nahe der Brunnenstr.

empfehlen zur Frühjahrs-Saison sein reichhaltiges Lager garnirter und ungarischer Strohhüte von 25 Pf. an, Anabenhüte, garnirt, von 40 Pf. an, Schürzen von 10 Pf. an, Corsetts, hochschürzend, von 75 Pf. an, Handschuhe in großer Auswahl, sehr billig. Fälle und Spitzen, sämtl. Artikel zum Garniren der Hüte, als wie: Blumen, Federn, Pänder, Sammet und Alasse in großartiger Auswahl zu außerordentlich billigen Preisen. Trauerhüte in größter Auswahl. Herren-Artikel, als: Oberhemden, Chemisets, Kragen, Manchetten, Schlipse u. billigt. Modistinnen und Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

[1610]

Theater.

Mittwoch bleiben sämtliche Theater geschlossen.
Donnerstag, den 20. Mai.

- Obernhaus. Die Rauberhöle.
- Schauspielhaus. Waldemar.
- Deutsches Theater. Romeo und Julia.
- Bellevue-Theater. Namenlos. Post mit Gesang in 3 Akten von Kallisch und Pohl. Musik von A. Conradi.
- Opern-Theater. Der Glöckner von Notre-Dame.
- Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Jägerbaron.
- Wilhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Prolog und 3 Akten von Jakobson und Witten.
- Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.
- Noria-Theater. Amor. Tanz Poem von Luigi Manzotti.
- Wagner-Theater. Der Herrgottschneider.
- Reinhold-Theater. Familie Hörner. Hierauf: Zimmer Nr. 18.
- Louisenstädtisches Theater. Künstlerleben.
- Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Fachverein der Steindrucker und Lithographen.

Versammlung
Donnerstag, den 20. Mai, Abends 8 Uhr, im Königsstädtischen Kasino, Holzmartstr. 72.
Tagesordnung:
Innere Vereins-Angelegenheiten. Verschiedenes und Fragelasten. [1702]
Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

Louisenstädtischer Bezirks-Verein „Vorwärts“.
Die zu heute Abend angekündigte Versammlung kann nicht stattfinden.
[1703] Der Vorstand.

Arb.-Bez.-Verein der Dranienburger Vorstadt u. d. Wedding.
Außerordentl. Versammlung
am Donnerstag, den 20. Mai, Abds. 8 Uhr, in Kleins's Salon, Gerichtsstr. Nr. 10.
Tagesordnung: 1. Vorlesung über: „Die moderne Menschenjagd.“ 2. Verschiedenes (Antrag auf Auflösung des Vereins). 3. Fragekasten. — Zahlreiches Erscheinen notwendig.
[1692] Der Vorstand.

Ballage 1 Kr. 9 R. — 10 R.
Kaiser-Panorama.
Zweite Reise durch die Schweiz.
Neu! 8. ersten Male: Algier.
Bertha-Reise. Carolinen-Inseln. Eine Reise 20 W. Kinder nur 10 W. Abonnement.

Uns. Vereinskollegen Hermann Köppler zu seinem morg. Wiegens. ein dreimal donnesdes Bebech, daß die Spinnmaschinen stillern.
J. B. W. R. G. N. L. D. C. B. F. L. N. R.

Wo speisen Sie?
In der ersten alten pommerischen Küche, Oranienstraße 181, Hof parterre, bei Klein. Frühst. 30 Pf. Mittagstisch m. Bier 50 Pf. Abendtisch, v. 30—50 Pf. nach Auswahl. 1440

Loose zur
Rothen Lotterie
a 1 Mt. (Ziehung 27. Mai.)
Optim. W.: Mt. 30 000, 20 000, 10 000, 5 000, 4 000, 3 000 u.
Ulmer Geld-Lotterie
a 3,25 Mt. (Ziehung 24.—26. Mai.)
Hauptgew.: Mt. 75 000, 30 000, 10 000, 2 a 5 000 u. in Baar ohne Abzug.
Richard Schröder,
W., Marktgrabenstraße 46,
Gendarmenmarkt. [1606]

Reinen Bekannten sowie meiner geehrten Nachbarschaft die ergeb. Anzeige, daß ich meine Fäheret von der Neuen Hochstraße nach der Fäheret 1b verl. habe. Brod lief. ca. 5 Wd. für 50 Pf. Frühstück sende ich frei ins Haus. Bei Bedarf ers. ich mich mit Aufträgen gut. beehr. zu wollen. J. Färder, Bäckerstr.

Eine möbl. Stube f. 2 Herren, a 7 R. 50 Pf., bei W. D. B. Blumenstr. 24, IV. [1686]

Magazin für Herren-Garderoben
Alle Mann zu Fuß.
148. Moritz-Platz 148.
Glad. Frühl.-Paletots
Glad. Anzüge
Glad. Hemden
Anfertigung nach Maß
premiert und
billig.

Prinzenstr. 53.
Elegante Herren- u. Anabenhüte, Damenkleider und Mäntel im Tuchgeschäft Prinzenstr. 53., gegenü. d. Turnhalle. Theilzahlungen gestattet!
Prinzenstr. 53.

Prinzenstr. 53.

182. Schönhauser Allee 182.
Omnibus Haltest. am Schönb. Thor. Im Hause d. Badeanst. part.
15000 Sommer-Paletots, neu und wenig getragen (neueste Mode),
8, 10, 12, 15—25 Mk. (Bracht Exemplare).
12000 elegante Rock- u. Jaquett-Anzüge,
beste Stoffe, von 10—36 Mk.
5000 Damen-Mäntel und Spitzen-Mantelets vom einfachsten bis z. eleganten.
Anaben- und Furschen-Anzüge in gediegenen Stoffen v. 4 Mt. an. Schwarze Tuch- und Kammgarn-Anzüge, Röcke, Hosen (auch getragene), Vesten u. Dreil. Sachen, goldene u. silberne Herren- u. Damen-Uhren. Alles spottbillig. Abzahlung ist gestattet. Auch für torpulenten Personen passende Sachen. [1668]
Omnibus und Pferdebahn wird vergütigt. Die Verwaltung.

Cigarren- u. Tabak-Handlung
en gros en détail
Fritz Goercki
Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde“).
Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabaks.
Reich assortiertes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigarren u. Tabaks. Echt Nordhäuser Pantaba. u. [891]

August Herold
Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.
Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin.
Eigene Fabrik. Solide Preise, Prompte Bedienung. 784

Whaler & Wilson-, sowie Finger-
Mähmaschinen,
wenig gebraucht, verkauft sehr billig
[1653] E. Franke, Saarbrückerstr. 6.

Arbeitsmarkt.
Maschinenmeister.
Ein nachweislich tüchtiger Maschinenmeister, der in einer Zugschleppfabrik längere Zeit gearbeitet, findet dauernde und lohnende Beschäftigung bei
Wilhelm Boehme, Reichenbergerstr. Nr. 158. [1704]
Z. Drehol. a. Tschl. Hoffmann, Waldemarstr. 15.

Kravatten-Vorarbeiter 1693
auf glatte Westen und Binden verl. **Herrhand,** Rottbuschdam 99, Hof III (a. d. Rottb. Brücke).
Einen **Wagenlenker** verl. **J. Bühner,** Frankfurter Allee 44. [1698]

Canst. Schiffh. 1. a. 2. Brandenburgstr. 7 IV. Lude.
Suche ein bill. möbl. Zimmer resp. Schlafstube sof. oder s. 1. in der Nähe Oranienplatz. Wtr. m. Preisang. Friedenstr. 61 b. Blankstr. abg.

Cigarren und Lotterie.
M. Meyer, Köpenickerstr. 66. [1681]
Gewinnlisten liegen aus. 1684

Die Sozialdemokratie
vor dem Deutschen Reichstage.
Stenographischer Bericht der Verhandlung des Deutschen Reichstages am 2. April 1886. Fünftes (Schluß-) Heft.
Zu beziehen durch die Expedition des „Berliner Volksblatt“, Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Arbeitsgelegenheit und Arbeitsleistung

Der Herr T. Korrespondent der „Bresl. Morg. Ztg.“ schreibt in seinem Artikel: „Arbeitsgelegenheit, Arbeitsleistung“, in welchem er den Ruf: „Arbeitsgelegenheit, Arbeitsleistung“ der Berliner Arbeiter kritisiert und am Schluss seiner national-ökonomischen Betrachtungen zu der treffsinnigen Behauptung gelangt, daß die „sozialdemokratische Bewegung der Arbeiter in ihren Konsequenzen zur Bekämpfung jedes technischen Fortschrittes führe, welcher eben in der Erzielung größerer A. gelege aus dem vorhandenen Kapital und den vorhandenen Arbeitskräften besteht.“ Zunächst ist hierauf zu erwidern, daß der Kampf gegen die Arbeitsgelegenheit, „sozialdemokratische“ Erfindung ist. Der Kampf gegen dieses Arbeitsgelegenheit ist vielmehr so alt, als die Arbeiter überhaupt existieren und wurde zuerst in England von den in den Trades-Unionen organisierten Arbeitern inszeniert, die früher in der Regel als musterghilfige Engel den sozialdemokratischen gekennnten deutschen Arbeitern entgegengehalten wurden. Hieraus ergäbe sich nun von selbst, daß eigentümlich die englischen Arbeiter das Karmel sind, welche die „Bekämpfung jedes technischen Fortschrittes“ gewandt und die deutschen Arbeiter eigentlich diese Kapitalisten gegen St. Manches von England abgenommen haben, woran die Sozialdemokratie als solche ebenso unschuldig ist, wie das ganze der weltlichen Religion anhängende Menschengeschlecht an dem Sündenfall Adams und Coos. Aber diese Thatsache wird und sein der Manchesertheorie anhängender Zeitungs-Korrespondent — vorausgesetzt natürlich, daß ihm dies überhaupt bekannt ist — eingesehen. Diesen Reuten genügt vorläufig und ist wohl auch ihr Zweck, der Sozialdemokratie eine anzuhängen und sie für alle etwa vorkommenden Arbeitseinstellungen verantwortlich zu machen, womit natürlich auch der Zweck erreicht werden soll, daß der hochbrüme deutsche Epigebürger den Vorkamer'schen Erlaß nicht nur erklärlich, sondern sehr zeitgemäß und angebracht findet.

Um die Arbeitsgelegenheit dem freundlichen Leser recht plausibel zu machen, führt der Artikelschreiber ein Beispiel auf: „Wenn, sagt er, mittels der Ablösung nach Verfügen eine bestimmte Mauerfläche in einer Bauanstalt von 10 Gesellen ausgeführt werden kann, während bei Tagelohn vielleicht 15 Gesellen erfordert werden, um dieselbe Arbeit zu bewältigen, so finden auf diesem einen Bau allerdings 5 Gesellen weniger Verwendung; die 10 Gesellen werden aber leicht in dem einen Fall so viel verdienen, wie die 15 im anderen Fall verdienen hätten, und werden ihrerseits mit diesem ihrem Mehrverdienst durch ihre gesteigerte Konsumtionsfähigkeit anderen Gewerbetreibenden vermehrte Arbeitsgelegenheit verschaffen, oder der Bauherr wird Ersparnisse machen und mit dem Gelde mehr oder besser bauen.“

Die Behauptung, daß „die 10 Gesellen aber leicht so viel bei der Arbeitsgelegenheit verdienen, wie sonst 15 bei Lohnarbeit verdient hätten“, verdient doch einige Beleuchtung. Wo Arbeitsgelegenheit, d. h. Stücklohn, existiert, ist es natürlich, daß persönliche Interesse des Arbeiters, seine Arbeitskraft möglichst intensiv anzuwenden, was dem Unternehmer seine ihm natürlich zustehende Ausgabe, Ersparnisse zu machen, sehr erleichtert, indem er den Normalgrad der Arbeitsleistung nach Belieben erhöhen, d. h. die Herstellung einer größeren oder komplizierteren Mauerfläche für dasselbe Geld verlangen kann. Der Stücklohn wird nach dieser Seite hin zur fruchtbarsten Quelle von Lohnabgaben und kapitalistischer Produktivität. Er bietet dem Unternehmer ein ganz bestimmtes Maß der größtmöglichen Kraftanstrengung der Arbeiter. Sobald aber von einer Gruppe Arbeiter einer von zwei einen größeren Lohn bei Arbeitsgelegenheit verdienen, ist es überall die Regel, daß der vorher gezahlte Preis für das Arbeitsquantum, hier für die Mauerfläche, so herabgesetzt wird, daß die Arbeiter zu immer größerer Kraftanstrengung gezwungen sind, um den früheren Lohn zu verdienen. Dieses Abnahmsystem wird nun so lange fortgesetzt, bis die Arbeiter trotz der Arbeitsgelegenheit und trotz der allgrößten Kraftanstrengung nicht mehr so viel verdienen, als der Lohn für Tagelohnarbeiter in derselben Branche beträgt. Diese Erregungen haben wohl alle Arbeiter längst gemacht. Der Stücklohn, das wissen alle Arbeiter, wird in demselben Verhältnis heruntergesetzt, in welchem die Zahl der während derselben Zeit produzierten Stücke wächst, also die auf dasselbe Stück verwandte Arbeitszeit abnimmt. Der Stücklohn, früher auch von den deutschen Arbeitern als Gelegenheit eines Mehrverdienstes freudig begrüßt, hat durch das vorkiehende geschickte Lohnabnahmsystem, den deutschen Arbeiter ebenso wie den englischen die Arbeitsgelegenheit als Ausbeutungsmittel erkennen lassen und ruft eben deshalb beständige Kämpfe zwischen Kapitalist und Arbeiter hervor.

Genau geht aber hervor, daß die gesteigerte Konsumtionsfähigkeit der 10 Maurergesellen, welche anderen Gewerbetreibenden Arbeitsgelegenheit verschaffen, eine eitle Phrase ist, wie der Artikelschreiber den Lesern der „Breslauer Morg. Ztg.“ zum Beweise giebt, wobei derselbe aber die Konsumtionsfähigkeit der durch die Arbeitsgelegenheit außer Tätigkeit gebrachten 5 Maurergesellen gar nicht in Anschlag bringt. Und diese würden, wenn sie durch die Arbeitsgelegenheit zum Feiern verurteilt wären, doch wahrhaftig mehr dazu beitragen zu vermehren, als es den 10 Arbeitern mit dem Mehrverdienst durch die Arbeitsgelegenheit überhaupt möglich ist, was bald verschwindet.

Der Stücklohn (Arbeitsgelegenheit) hat, wie gesagt, für die Arbeiter sehr nachtheilige Folgen. Betrachte ein Mann das Geld von 1 1/2, 1/2 oder 2 Männern, so befähigt die dadurch erzeugte Konkurrenz unter den Arbeitern den Kapitalisten, den Preis der Arbeit herabzubringen, während der fallende Preis der Arbeit ihn umgekehrt befähigt, die Arbeitszeit noch weiter auszuschrauben, wobei ihm — bis die Arbeiter den Kniff erwissten — das persönliche Interesse des Arbeiters, den Arbeitslohn zu verlängern, weil damit sein Tages- oder Wochenlohn steigt, zu Hilfe kommt.

Genau kommt aber auch noch, daß der Stücklohn die Vertheilung von Parzissen zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter, die Unterwerfung der Arbeit sehr erleichtert. Der Arbeiter der Zwischenpersonen steigt ausschließlich aus der Konkurrenz zwischen dem Arbeitspreis, den der Kapitalist zahlt, und dem Theil dieses Preises, den er dem Arbeiter wirklich zahlt. Dies System heißt in England charakteristisch „Ausbeutungssystem“. Andererseits erlaubt der Stücklohn dem Kapitalisten, mit dem Hauptarbeiter — in der Regel ein Ausbrecher der Klasse, in dem Mine mit einem Kontrakt für so und so viel per Stück zu schließen zu lassen, wofür der Hauptarbeiter selbst die Anwendung der Arbeitskraft seiner Hilfsarbeiter übernimmt. Die Vertheilung (Ausbeutung) der Arbeiter durch das Kapital vertritt sich hier vermittelst der Exploitation des Arbeiters durch den Arbeiter.

Der Herr T. Korrespondent aus Berlin hat, wie oben schon erwähnt, auch zugegeben, daß bei dem Arbeitsgelegenheit, der Bauherr Ersparnisse machen und mit demselben Gelde mehr oder besser bauen wird.“ Hieraus geht nun unzweifelhaft hervor, daß selbst dieser, in der Manchesertheorie versessene Mann, eine Ahnung davon hat, daß der Stücklohn den Bauherrn mehr als sonst in die Lage setzt, „Ersparnisse zu machen“. Jedoch hat er auch hier wieder die alte Entschuldigung, daß andere Gewerbetreibende dadurch Arbeitsgelegenheit erhalten, bei der Hand. Nachdem er ausgeführt, daß der Bauherr nicht bauen läßt, um den Maurergesellen und Schieferbedeckern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen, sondern um sein eigenes oder seiner Mitmenschen Wohnbedürfnis zu befriedigen, fährt er fort: „Jede Mark, welche infolge zweckmäßiger und intensiver Arbeitsleistung bei Befriedigung des vorhandenen Wohnbedürfnisses erspart wird, kommt der Befriedigung des Bedarfs an besserer Kleidung, Ernährung u. s. w. zu Gute.“

Wenn kommt aber diese Befriedigung zu Gute? Denn, der bei zweckmäßiger und intensiver Arbeitsleistung, hier der Arbeitsgelegenheit, so und so viel Markstücke jährlich erspart! Wer aber erspart diese Markstücke, bei der zweckmäßigen und intensiven Arbeitsleistung? Die der Artikelschreiber selbst sagt, der Bauherr, oder allgemeiner gesprochen, der Unternehmer!

Nun kann wohl der Unternehmer reichlichere und bessere Nahrung zu sich nehmen; er mag bessere Kleidung tragen; er mag besser, bequemer und demgemäß auch gesünder wohnen, aber er kann das alles nur für seine eigene Person thun, während die Arbeiter wie gezeigt, beim Stücklohn nach und nach auf die niedrigste Lebenshaltung herabgedrückt werden, wenn sie nicht, in Organisationen vereinigt, dieser Herabdrückung einen Damm entgegenzusetzen im Stande sind.

Der einzelne Unternehmer wird demgemäß trotz besserer Nahrung, Kleidung und Wohnung zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit anderer Gewerbetreibender weniger beitragen, als wenn die Arbeiter einen Lohn zu erhalten oder zu erzwängen suchen, der sie in den Stand setzt, ihre, dem jeweiligen Kulturstandpunkt entsprechenden Bedürfnisse, auf ehrliche und anständige Weise zu befriedigen. Mit der Arbeitsgelegenheit wird das aber früher oder später immer weniger der Fall sein können, weil dieselbe immer mehr Arbeiterhände überflüssig macht, und die Konkurrenz unter den Arbeitern ins Ungemessene vermehrt, womit wieder ein Sinken des Lohnes im Allord- sowie im Tagelohn die unausbleibliche Folge ist. Arbeitsgelegenheit ist also „Arbeitsgelegenheit“!

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

89. Sitzung vom 18. Mai, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes von Voetticher und Kommisariaten.

Eingegangen ist die Darlegung der Anordnung, welche vom preussischen Staatsministerium auf Grund des § 28 des Sozialistengesetzes unter dem 11. d. M. mit Genehmigung des Bundesrathes getroffen worden ist.

Der Abg. Graf v. Bismarck hat in Folge seiner Ernennung zum Staatssekretär sein Mandat niedergelegt.

Nachdem das Haus den Bericht der Reichsschulden-Kommission ohne Debatte der Rechnungs-Kommission überwiesen, tritt es in die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Besteuerung des Zuckers, ein.

Abg. Witte (Dr.): Nachdem die frühere Regierungsvorlage der eingehendsten sachlichen Prüfung unterzogen ist, kann es heute keines Bedners Aufgabe sein, aufs Neue in alle Einzelheiten der Frage einzugehen. Außerdem ist dem Reichstage insofern eine Genugthuung widerfahren, als man mit dem vorliegenden Gesetz den Beschlüssen des Hauses entgegengekommen ist, denn von diesen unterscheiden sich die Vorlage nur in einem, allerdings wesentlichen und grundlegenden Punkte, der Höhe der Rübensteuer. Auch in dem gegenwärtigen Entwurf findet sich eine Erhöhung derselben, allerdings mit einem gewissen Entgegenkommen gegenüber den Beschlüssen des Reichstages, indem nicht der frühere Satz von 1,80 Mark, sondern als Endziel der von 1,70 Mark empfohlen wird. Es berührt mich einigermaßen seltsam, wenn es in der kurzen Begründung heißt, man wolle einmal einen der Steuerfähigkeit des Artikels mehr entsprechenden Reinertrag haben und ein Gesetz von längerem Bestande mit dem Reichstage vereinbaren, und wenn andererseits gesagt ist, daß das vom Reichstage beschlossene Gesetz die Erreichung eines solchen Zieles vereiteln und zu weiterem Verschlepp der Zuckersteuer führen müsse. Diesen Ausdruck kann ich weder im Zusammenhang mit dem Gesetz, noch überhaupt begreifen. Ich bin bisher immer der Meinung gewesen — und die Thatsachen haben es bestätigt —, daß das Festhalten an der Materialsteuer, das hartnäckige Hingehen jeder wirksamen Reform durch die Reichsregierung die Ursache von dem Verschlepp der Zuckersteuer gewesen ist. Jede Erhöhung der Rübensteuer muß eine Belastung des inneren Konsums, d. h. also eine Verringerung in dem Verhältnis der eingetretenen Erhöhung hervorbringen und ebenso durch Anwachsen die nicht konsumierten Vorräthe im Inlande eine Verschärfung des Exports. Mit jedem Export aber, wenn das Ertragsverhältnis unrichtig gegriffen — und das ist bisher in erschreckendem und mit den Jahren steigendem Verhältnis der Fall gewesen — ist unausbleiblich ein wachsender Verlust verbunden, und dieser hat die finanziellen Missergebnisse dieses wichtigen und bis zu einem gewissen Grade vollkommen mit Recht zur Besteuerung heranzuziehenden Artikels in Deutschland hervorgerufen. Mit der Erhöhung des Steuersatzes steigt das Bestreben, möglichst viel Zucker aus der Rübe herauszuziehen, daher auch die Ausfuhrprämie; der Gesamtsteuerertrag muß demgemäß sinken. Ich habe in einem Organ, welches mit Recht als der Ausdruck der Meinung in der gesammten deutschen Zuckerindustrie angesehen werden kann, die volle Uebereinstimmung mit den von mir wiederholt entwickelten Anschauungen gefunden, in der neuesten Nummer der „Deutschen Zuckerindustrie“. Da sind alle Bedenken in voller Arbeit und Schärfe nach den Wirkungen, welche sie ausüben müssen, charakteristisch. Der Verbrauch — heißt es dort — wird um ungefähr drei Millionen Mark mehr belastet, die Verchiedenheit zwischen den einzelnen Fabriken also dadurch erhöht, die schwächeren in ungünstiger Lage gebracht. Außerdem wird der Steuerertrag der besonderen Melasse-Entzuckerungskästen weniger ermäßigt, als dies durch das vom Reichstage angenommene Gesetz geschehen wäre. Hier also ist der stärkere Anreiz zur Ausdehnung der Melasse-Entzuckerung gegeben. Ich habe dies Alles schon bei der ersten Lesung des ersten Entwurfs gesagt. Durch die Nichtbesteuerung der Melasse-Entzuckerung ist das Schicksal des Rübensteuer-systems endgiltig besiegelt. Der weitere Verschlepp der

Zuckersteuer wird die Regierungen zu einer definitiven Regelung der Zuckersteuerfrage führen. Meine Freunde und ich lehnen die Erhöhung der Rübensteuer unter allen Umständen ab. Wir werden in zweiter Lesung das Festhalten an dem bisherigen Steuersatz von 1,60 M. beantragen. Die Reduktion der Exportsubvention in der Vorlage begrüßen wir und werden beantragen, den Subventionsatz nach einem Verhältnis von 10 zu 1 festzusetzen. Damit befinden wir uns zu meiner großen Befriedigung in voller Uebereinstimmung mit dem Antrage, welcher in dem Organe der Interessenten der Zuckerindustrie niedergelegt worden ist. Unser Antrag, der ja nichts Definitives schaffen soll, wird wenigstens den weiteren Verschlepp der Zuckersteuer aufhalten und größere finanzielle Erfolge erzielen. Nicht unerwähnt lassen will ich eine Petition von 139 Raffinerieanstalten und Zuckerfabriken, welche für alle Melasse von mindestens 45 pSt. Polarisirung, welche entweder über die Pöllgrenze ausgeführt oder in inländischen Brennereien verarbeitet wird, eine Steuererstattung pro 100 Kilogramm von 4 M. verlangt. Es ist mit Recht bereits darauf hingewiesen worden, daß alle die Schwierigkeiten, welche in Bezug auf Besteuerung der Melasse namentlich von der Regierung hervorgehoben wurden, thatsächlich bei Einführung einer solchen Ausfuhrerstattung der Melasse hervorgerufen würden. Die Heilung der jetzigen Zuckerkrankheit (Weiterentwicklung) kann nur erfolgen durch den Uebergang zu dem System der Zukunft, der Fabriksteuer. (Beifall links.)

Abg. Buhl: Die Vorlage ist im Wesentlichen ein alter Bekannter, sie ist uns als Antrag Bismarck schon bei der Beratung des vorigen Gesetzes vorgelegt, und damals hat die Mehrzahl meiner politischen Freunde für denselben gestimmt. So weit ich bis jetzt übersehen kann, wird auch die Mehrzahl meiner politischen Freunde mit der Regierung gehen. Von dem Bismarck'schen Antrage unterscheidet sich die Vorlage darin, daß die Exportsubvention um 25 Pf. pro Doppelzentner weiter herabgesetzt ist. Darin erblicken wir einen Vorzug. Wir hatten gerade an dem Bismarck'schen Antrage auszugehen, daß in demselben die Exportsubvention zu hoch gegriffen sei. Mit Herrn Bute bin ich in manchen Beziehungen einverstanden. Aber auf ein Mißverständnis möchte ich ihn aufmerksam machen. Er meinte, die Vorlage schaffe eine höhere Belastung des Konsums in sich, weil die Rübensteuer erhöht ist. Das ist unzutreffend. Die Vorlage bietet vielmehr gegen die bisherige Besteuerung eine Entlastung um 75 Pf. Exportsubvention. Lege ich die Berechnung des Schatzsekretärs v. Burchard bei der dritten Lesung des vorigen Gesetzes zu Grunde, so erhalten wir durch das vorliegende Gesetz eine Mehreinnahme von 4 Millionen Mark gegen jenes Gesetz und eine Mehreinnahme von 14 1/2 Millionen Mark gegen die Säge, die wir bis jetzt haben. Diese Zahlen reichen für die Rettung unserer Stellung aus. Darüber bin ich allerdings mit Herrn Witte einverstanden, daß wir auch mit diesem Gesetz ein Definitivum nicht schaffen werden. Auch unter diesem Gesetz werden die Umstände, die zum Verschlepp der Zuckersteuer gewirkt haben, sich weiter entwickeln können, und wir werden voraussichtlich in wenigen Jahren zu einer weiteren Revision der Zuckersteuer zu schreiten haben. Ich glaube, daß wir nach der ganzen seitherigen Entwicklung unserer Zuckersteuer nicht direkt zur Fabriksteuer übergehen können, sondern daß es notwendig sein wird, eine Kombination von Fabrik- und Materialsteuer einzuführen. Etwas technische Schwierigkeiten würden bei der verhältnismäßig nicht großen Anzahl von Zuckerfabriken leichter zu bewältigen sein, als bei einer anderen Steuer. Ich habe diesen Blick in die Zukunft nur geworfen, um zu dokumentiren, daß auch ich glaube, daß wir nicht für lange Zeit das Gesetz schaffen. Durch die Annahme dieses Gesetzes werden wir aber wenigstens für die nächsten Jahre erheblich höhere Einnahmen aus der Zuckersteuer gewinnen und eine Entlastung der Konsumten herbeiführen. In der Steuererleichterung für die Zuckerindustrie sehe ich ein besonderes Entgegenkommen der verbündeten Regierungen. Ich glaube also, daß auch nach dieser Richtung die Annahme der Regierungsvorlage sich empfiehlt. (Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. Gaerle (Vollst.) bestritt die Behauptung Buhls, daß durch die Vorlage der inländische Konsum nicht stärker belastet werde als durch das vom Reichstage beschlossene Gesetz. Der Bundesrath habe, trotzdem er das günstigere Amendement von 10 1/2 Pfennig Rüben für 1 Sentner Zucker zu Grunde gelegt, doch in Folge der Erhöhung der Rübensteuer von 1,60 auf 1,70 M. die Ausfuhrerstattung auf 17,25 M. bemessen müssen, also 85 Pf. höher, als das Gesetz des Reichstages, und dieser Unterschied treffe den inländischen Konsum. Allerdings sei die Vorlage die Einnahme um 3 1/2 Millionen, aber dieses Plus werde durch vermehrte Melasse-Entzuckerung in kürzester Frist wieder verschwinden und noch mehr dazu. Die Zurückweisung des vom Reichstage angenommenen Gesetzes sei wohl nicht auf bloße Rechtshaber zurückzuführen, sondern es liege ihr das schon wiederholt zu Tage getretene Bestreben zu Grunde, dem Reichstage keine Zusicherungen zu machen, ihn zu verkleinern; aber auf keinem Gebiete könne der Reichsregierung das Recht, sich eines überlegenen Wissens zu rühmen, weniger zugestanden werden, als auf dem der Zuckersteuer.

Abg. v. Helldorff: Ich für meine Person werde für die Regierungsvorlage stimmen. Die schwarzen Beschlüssen, daß die fortwährende Zunahme der Melasse-Entzuckerung die Besteuerungsverhältnisse wieder unsicher machen und zu neuen Reformen führen werden, sind doch stark übertrieben. Dreiviertel der Melasse wird gegenwärtig bereits entzuckert, und wenn wirklich das letzte Viertel auch noch entzuckert wird, so kann doch die Verschlebung des Rendementsverhältnisses keine so bedeutende werden, daß dadurch die Steuererträge allertirt werden. Ich glaube auch nicht, daß die Rüben noch viel zuckerreicher werden gebaut werden, als es jetzt schon der Fall ist. Eine geringe Mehrbelastung des Konsums, wenn sie überhaupt eintritt, kann mit einem Artikel nicht ins Gewicht fallen, der bei aller Anerkennung seines Wertes als Nahrungsmittel doch den Charakter eines Luxusartikels in sich trägt. Die Hauptsache ist die, welchen Einfluß die Reform unserer Zuckersteuer auf den gegenwärtigen Zustand unserer Rübenzuckerindustrie und damit auf die Landwirtschaft, deren Interessen identisch sind? Ich glaube, daß die Erhöhung der Rübensteuer und die Erhöhung der Exportsubvention beiden Interessen entspricht und für eine Reihe von Jahren ausreichen wird. Wenn es ein Zeitpunkt ungelängter ist, schon zu einer Aenderung unserer Zuckersteuer-systems überzugehen, so ist es der jetzige. In früheren Zeiten würde die Einführung der Fabriksteuer wohl durchführbar sein, jetzt aber bei der großen Konkurrenz in der ganzen Welt würde dieselbe den Ruin vieler kleinen Fabriken zur Folge haben.

Bundesbevollmächtigter v. D e e r w a r t (Sachsen-Weimar) erklärt, daß die Behauptung des Abg. Gaerle, der Bundesrath habe es dem Reichstage gegenüber an Entgegenkommen fehlen lassen, unrichtig sei. Wenn der Bundesrath auf die Einflü-

zung einer Melassesteuer nicht eingegangen ist, so ist das geschehen, weil er sich nicht in Widerspruch setzen wollte mit der geschichtlichen Entwicklung der Zuckersteuer. Dagegen hat der Bundesrat, sowohl in Bezug auf die Herabsetzung der Bonifikation als auch bezüglich der Errichtung zollfreier Lager, den Beschlüssen des Reichstags Rechnung getragen. Es darf um so mehr gebohrt werden, daß sich nun auch der Reichstag zu Zugeständnissen bereit finden läßt, sonst tritt das provisorische Gesetz von 1882 in Kraft. Eine solche Eventualität aber würde, wie Abg. Meyer (Halle) im April d. J. mit Recht gesagt hat, nicht nur die Finanzen des Reichs und die Zuckerindustrie, sondern auch den politischen Kredit des Reichstags schädigen.

Abg. Bod (Sozialdemokrat): Auch dieses Gesetz werde nur die Folge haben, daß ein notwendiges Nahrungsmittel des Volks — denn ein Nahrungsmittel, nicht ein Luxusartikel sei der Zucker — vertheuert werde. Nachdem die Zuckerbarone bereits Millionen aus den Taschen des Volks erhalten, solle dieser Zustand auch für die kommende Zeit aufrecht erhalten bleiben. Seine Partei werde für eine derartige Vorlage nicht stimmen.

Die Debatte wird geschlossen. Da eine Verweisung der Vorlage an die Kommission nicht beantragt ist, wird die zweite Lesung im Plenum stattfinden.

Es folgt die Beratung des Gesetzes, betr. die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtskreislagen.

Auf eine Anfrage des Abg. Ackermann, ob das Gesetz auch Anwendung finden solle auf die gegenwärtig anhängigen Prozesse, erklärt ein Bundeskommissar, daß eine Bestimmung, wonach ähnlich wie im Gesetz vom 15. März 1881 die Anmerkung des Gesetzes auf die gegenwärtig schwebenden Prozesse ausgeschlossen bleiben solle, nicht mit aufgenommen sei, weil es sich bei dieser Vorlage um ein Gesetz handle, das in der ganzen preussischen Monarchie in Geltung sei und in Bezug auf welches sich sowohl beim Reichsgericht, als auch bei den Oberlandesgerichten eine ständige Rechtspraxis herausgebildet habe. Es stehe daher der sofortigen Inkraftsetzung des Gesetzes nichts im Wege.

Abg. Kintelen erklärt seine Zustimmung mit dem Gesetz.

Die Debatte wird geschlossen. In zweiter Lesung, zu welcher das Haus sofort übergeht, wird der einzige Paragraph des Gesetzes ohne Debatte mit großer Majorität angenommen.

Es soll nunmehr die Beratung des Gesetzes wegen Abänderung des § 22 des Pressegesetzes folgen. Abg. Meyer (Halle) beantragt jedoch mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses, diesen Gegenstand von der Tagesordnung abzugeben. Derselbe ist nicht von besonderer Dringlichkeit. Auf der anderen Seite ist es wohl kein unbilliges Verlangen, daß über eine Vorlage, bei der Grundrechte der Presse in Frage kommen, vor einem beschlußfähigen Hause verhandelt werde.

Da sich Widerspruch gegen diesen Antrag nicht erhebt, wird der Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Pressegesetzes, von der Tagesordnung abgesetzt.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Zweite Lesung des Zuckersteuergesetzes. Wahlprüfungen.)

Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung vom 18. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Puttkamer und Kommissarien.

Die Spezialberatung des Entwurfs einer Kreisordnung für Westfalen wird fortgesetzt mit dem dritten Titel „Von der Vertretung und Verwaltung des Kreises“, §§ 33—38. Erster Abschnitt „Von der Zusammensetzung des Kreises“ §§ 33—35.

§ 33, nach welchem der Kreis in Kreisen mit 35 000 und weniger Einwohnern aus 20 Mitgliedern besteht, bei 35—70 000 Einwohnern auf je 5 000, über 70 000 auf je 10 000 je ein Vertreter hinzuzutreten soll, wird ohne Debatte angenommen.

§ 34 schreibt nach der Analogie der östlichen Provinzen für die Wahl der Kreisabgeordneten die Bildung dreier Wahlverbände der größeren Grundbesitzer und Industriellen, der Amtsverbände und der Städte vor. Abg. Uhlendorff beantragt, von der Bildung dieser Wahlverbände Abstand zu nehmen, die Kreisabgeordneten aus Städte und Landgemeinden nach dem Bevölkerungsmaßstab zu verteilen und die städtischen durch Magistrat und Stadtverordnete, die ländlichen durch die Amtsoberammlungen wählen zu lassen.

Abg. Uhlendorff bedauert, daß man die Kreisordnung nicht zuerst im Westen statt im Osten eingeführt hat. Dann würde man nicht dazu gekommen sein, für Westfalen den Wahlverband der Großgrundbesitzer und Industriellen vorzuschlagen, dessen Einführung sehr vieles böses Blut machen würde. Die Vertretung nach dem Verhältnis von Stadt und Land, wie er sie vorschlägt, sei entschieden vorzuziehen der Gliederung nach einer Steuerquote.

Abg. v. Heede glaubt, daß die Eliminierung des Großgrundbesitzes, welche der Antrag Uhlendorff unzweifelhaft zur Folge haben werde, eine ungerechte, der Einseitigkeit der Verwaltungsorganisation widersprechende sei und lediglich auf dem fortschrittlichen Prinzip der sozialen Gleichmacherei und Parteilichkeit beruhe.

Abg. Richter: So spricht ein Mann, dessen Freunde noch 1874 einstimmig mit den Freikonservativen und uns ganz denselben Antrag für Rheinland und Westfalen gestellt haben. Es giebt in Westfalen gar keine verschiedene Interessengruppen und überhaupt nur 20 Gutsbezirke. Wir wollen die Rechte der Großgrundbesitzer nicht schmälern, aber diesen keine Vorrechte vor dem Kleinbesitz geben. Ich weiß, daß wir mit unseren Warnungen jetzt doch keinen Erfolg haben werden. Es wird aber hoffentlich eine Richtung der Politik eintreten, unter welcher diese Vertretung wieder beseitigt wird.

Geb. Rath Braundehrens bittet, den Antrag Uhlendorff abzulehnen. Die Vertretung der Großgrundbesitzer auf siffernmäßiger Grundlage sei allerdings eine mangelhafte, aber auch in den anderen Provinzen geltende Einrichtung.

Abg. v. d. Red erklärt sich für die Regierungsvorlage und gegen den Antrag Uhlendorff.

Abg. v. Schorlemer: Unter den heuligen Verhältnissen ist es dringend erforderlich, daß auch der Großgrundbesitz und die Industriellen sich auf den Standpunkt der gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen stellen und demgemäß organisieren. Ich finde eher die Zahl der Großgrundbesitzer in der Vertretung dieses neu konstituierten Wahlverbandes der Großgrundbesitzer und Industriellen zu gering. Herr Richter beschränkt mit Unrecht das Vorhandensein wirtschaftlicher Gruppierungen in Westfalen. Wir sehen uns im Gegenteil nur zu stark verbundenen wirtschaftlichen Gruppen in den Industriebezirken gegenüber. Die Amtsoberammlungen, die nach dem Antrag Uhlendorff die Kreisvertretung wählen sollen, sind in den früheren freirechtlichen Anträgen als ein ganz ungeeigneter Vertretungskörper bezeichnet worden. Es liegt hier offenbar eine Inkonsistenz vor. Wir können den Großindustriellen eine Vertretung auf dem Kreistage nicht versagen. Allerdings sollte man einen so kombinierten Wahlverband nicht mehr ausschließlich als einen Wahlverband der Großgrundbesitzer bezeichnen.

Abg. v. Liebermann ist für Annahme des § 34 nach der Vorlage, den Herrenhaus und Kommission angenommen haben, in Gemäßheit des der ganzen Verwaltungsorganisation

zu Grunde liegenden Gedankens: eine möglichst für die ganze Monarchie gleichmäßige Form zu schaffen und nur dort abzuweichen, wo die eigentümlichen Einrichtungen einer Provinz dieses erfordern. Hier liege eine solche Notwendigkeit nicht vor.

Abg. v. Eynern verweist die nationalliberale Partei gegen die gegen sie gerichteten Angriffe des Abg. Richter. Bezüglich des vorliegenden Paragraphen trieben er und seine Freunde praktische Politik, sie wünschten zwar etwas Anderes, nähmen aber das Erreichbare, weil sonst gar nichts zu Stande kommen würde. Die Anträge des Abg. Richter und seiner Freunde würden zerstörend, nicht aufbauend wirken. (Oho! bei den Freirechtlichen. Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter giebt nochmals dem Gedanken Ausdruck, daß die Verhältnisse in Westfalen total verschieden von denen im Osten seien und darum andere Maßnahmen erforderlich. Die Nationalliberalen seien nicht einmal unter sich einig; Herr v. Heede sei begeistert für die Kreisordnung, Herr v. Eynern aber nur der Noth bei Annahme der Vorlage. Bei solcher Sachlage solle man doch nicht die Gegner so beschämen, daß man sage, sie zerstörten, wenn sie Gesetzesbestimmungen nicht annehmen wollten. (Heiterkeit.) Die Zeit würde auch noch kommen, wo der Reichskanzler keinen Nationalliberalen mehr haben wolle. Die Landräthe und Bürgermeister von Lennep-Sollingen brauchten nur einen Wink zu erhalten und mit dem Nationalliberalen sei es dort alle (Heiterkeit); Herr von Rauchhaupt brauche nur noch einen Hufatritt nach Hannover zu machen, und die ganze Hochburg der Nationalliberalen stürze zusammen, sie werde doch nur noch künstlich gehalten. (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Eynern erklärt dem Hause, er habe in den letzten Worten die Rede des Abg. Richter gehört, die er demnach in Westfalen gegen die Nationalliberalen halten wolle. (Heiterkeit.) Die vom Freisinn gewünschte Zweiteilung lasse sich sehr gut dadurch verstehen, daß die Partei selbst dauernd bei den Abstimmungen in zwei Theile zerfalle. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag Uhlendorff wird abgelehnt, § 34 in der Fassung des Herrenhauses angenommen.

§ 35 behandelt die Bildung des Wahlverbandes der größeren Grundbesitzer. Ein Antrag Richter-Springorum will außer der Grund- auch die Gebäudesteuer hierbei in Rechnung gezogen wissen.

Nach kurzer Debatte wird das Amendement verworfen, der Beschluß des Herrenhauses angenommen.

§ 38 handelt von der Verteilung der Kreisabgeordneten auf die drei Wahlverbände der größeren Grundbesitzer, der Amtsverbände und der Städte. Nach dem Beschlusse der Kommission (bzw. Herrenhauses) soll die Zahl der städtischen Abgeordneten die Hälfte aller (wo nur eine Stadt im Kreise vorhanden, ein Drittel) nicht übersteigen. Von den übrigen Stimmen erhält jeder der beiden anderen Verbände die Hälfte.

Unter Ablehnung eines Amendements Uhlendorff genehmigt das Haus den Vorschlag seiner Kommission.

§ 50 trifft über die Wahlbarkeit zum Wahlmanne und zum Kreisabgeordneten Bestimmung.

Abg. v. Pilgrim beantragt die Streichung desjenigen Passus der Herrenhausbeschlüsse zu diesem Paragraphen, wonach die besoldeten Amtsmänner von der Wahlbarkeit ausgeschlossen werden. Man möge doch endlich das ungerechtfertigte Mißtrauen gegen diese sehr tüchtige Kategorie von Beamten fallen lassen.

Die Abgg. v. Bitter und Gen. wollen die Wahlbarkeit in den Wahlverbänden der Großgrundbesitzer und Amtsverbände auf alle Personen ausdehnen, welche seit einem Jahre in dem Kreise einen Wohnsitz haben. (Nach den unverändert von der Kommission angenommenen Herrenhausbeschlüssen soll die Wahlbarkeit auf den Kreis Derjenten erstreckt werden, die dem Kreise seit einem Jahre durch Wohnsitz oder Grundbesitz angehören.)

Abg. v. d. Red bekämpft den Antrag und die Ausführungen des Abg. v. Pilgrim; der besoldete Amtmann sei in erster Linie Kommissar des Landraths und von diesem mehr abhängig, als für die Interessen des Kreises unter Umständen erwünscht sein möchte.

Abg. v. Schorlemer erklärt sich gegen beide Amendements, während seitens des Regierungskommissars Geh. Rath Braundehrens der Antrag v. Bitter empfohlen wird.

Abg. v. Bitter betont, daß sein Antrag nicht, wie Herr v. Schorlemer ausgeführt, eine Erweiterung, sondern vielmehr eine zweckmäßige Verengung des Kreises der Wahlfähigen beabsichtige. Gegen den Abg. v. d. Red müsse er bemerken, daß seiner Ansicht nach die besoldeten Amtsmänner wenigstens in den Kreisauschuss wählbar seien.

§ 50 wird mit dem Amendement v. Bitter angenommen.

§ 76 befaßt, daß für die Wahlbarkeit zum Kreisauschuss die in § 50 gegebenen Bestimmungen über die Wahlbarkeit zum Kreisabgeordneten gelten sollen.

Die Abgg. v. Bitter und v. Pilgrim bringen zu diesem Paragraphen ein Amendement ein, durch welches auch die Wahl der besoldeten Amtsmänner in den Kreisauschuss ermöglicht werden soll.

Für diesen Antrag tritt in längerer Ausführung auch der Minister des Innern v. Puttkamer ein, der die unveränderte Annahme der Herrenhausbeschlüsse zu § 50 sehr bedauert und mit Entschiedenheit die in Rede stehende Beamtenkategorie gegen das ihr von verschiedenen Seiten entgegengetragene Mißtrauen in Schutz nimmt. Im Osten hätten sich die Amtsobersteher als geradezu notwendig für die Kreisauschüsse erwiesen.

Abg. v. Schorlemer: Amtsobersteher und Amtsmänner sind nicht schlechtweg vergleichbar. Außerdem werden durch das Amendement v. Bitter auch die Kreissekretäre und ähnliche Beamte, die das Herrenhaus ausdrücklich ausschließen wollte, wieder wahlfähig gemacht. Ich bitte, § 76 unverändert zu lassen, zumal ja nichts entgegensteht, daß in Städten wohnende Amtsmänner von den städtischen Wahlverbänden in den Kreisauschuss gewählt werden.

An der weiteren Debatte betheiligen sich noch die Abgg. Dr. Schaffer, Dr. Behr, v. Rauchhaupt und Frhr. v. Heere man; das Amendement v. Bitter wird gegen die Stimmen der Freikonservativen und weniger Konservativen abgelehnt, § 76 unverändert genehmigt, ebenso der Rest des Kreisordnungsentwurfs (§§ 89—104) nach den Kommissionsvorschlägen. Ebensovienig wird das beigesagte Wahlreglement beanstandet.

Es folgt die Spezialberatung des Gesetzes Entwurf, betr. die Einführung der Provinzialordnung von 1875 in der Provinz Westfalen.

Hierzu liegt ein Antrag des Zentrums vor, welcher auch für die Wahlen zum Provinziallandtag die Bildung dreier Verbände der Grundbesitzer, Städte und Kreier und für diesen Zweck die Beibehaltung der bisher in Westfalen bestandenen sechs städtischen Wahlbezirke vorschlägt.

Abg. v. Heere man kommt bei der Verantwortung dieses Antrags auf die Thatsache zurück, daß schon in der Regierungsvorlage ohne irgendwelche nähere Begründung die Bestimmungen der ehemals Reichsunmittelbaren beseitigt waren. Obwohl Redner hierin ein schweres Unrecht findet, enthält er sich der Stellung eines besonderen Antrages angefaßt der völligen Ausschließung eines solchen in beiden Häuser.

Abg. v. Eynern kann zwar das Bedauern theilen, daß die reichsunmittelbaren Familien nicht mehr die Standschaft auf den Provinziallandtagen genießen sollen, kann aber ein Recht auf dieses Privilegium nicht anerkennen. Die Nationalliberalen würden für die Provinzialordnung stimmen, wie sie aus den Kommissionsberatungen hervorgegangen sei.

Abg. v. Schorlemer: Wenn die Rechte der Reichständischen von der Regierung und dem Herrenhause preisgegeben sind, können wir uns zur Stellung besonderer Anträge in dieser Richtung nicht veranlaßt fühlen, so sehr ich persönlich das Jenseitige Unrecht mißfällt. Nach in der Provinziallandtag die Provinzialordnung abgelehnt hat, soll mein Antrag zwischen dem Stadtpunkt des Ersten und der Regierung vermittelt. Coentuell schlage ich vor, die Landkreise zu Wahlbezirken derart zu verbinden, daß jeder Wahlkreis mindestens 3, höchstens 5 Abgeordnete zu wählen hat. Von den Gewählten muß mindestens je ein Wahlberechtigter aus dem Wahlverbande der Grundbesitzer, Städte und Kreier genommen werden.

Abg. v. d. Red beantragt, für jeden Kreis mit weniger als 35 000 Einwohnern 2, für jeden mit 35—80 000 Einwohnern 3, für jeden mit mehr als 80 000 Einwohnern 4 Abgeordnete zu wählen. Die Vorlage will für die Wahl von 3 Abgeordneten die obere Grenze der Einwohnerzahl schon bei 70 000 ziehen, und auf jede fernere Volkszahl von 50 000 Einwohnern einen Abgeordneten hinzuzutreten lassen. Die Zusammensetzung von Kreisen, welche nur einen oder zwei Abgeordnete zu wählen haben, bleibt nach der Vorlage dem Provinziallandtag überlassen.

Abg. Uhlendorff beantragt die Aufnahme einer besonderen Vorschrift in das Einführungsgesetz, wonach der Oberpräsident, die Regierungspräsidenten und die Landräthe von der Wahlbarkeit ausgeschlossen sein sollen.

Abg. v. Eynern erklärt sich gegen den Zwangsauschluss dieser Beamten von der Wahlbarkeit, der nur wiederum eine Parteilichablone zu Liebe beantragt werde; denn was hätten die westfälischen Regierungspräsidenten v. Vledermann und v. Pilgrim dem Abg. Uhlendorff gethan?

Nachdem auch Abg. v. Schorlemer erklärt hat, für den Antrag Uhlendorff in der eingebrachten Form nicht stimmen zu können, werden unter Ablehnung sämmtlicher Anträge Artikel 1 und 2 der Vorlage unverändert angenommen, desgleichen mit unerheblichen Änderungen der Rest der Vorlage.

Die von der Kommission beantragte Resolution: Die Staatsregierung aufzufordern, eine Berücksichtigung der Landgemeindefür Westfalen, wie solche sich nach den durch die nachfolgende Gesetzgebung eingetretenen Veränderungen gestaltet hat, vor dem Inkrafttreten der Kreisordnung zu bewirken, wird angenommen, die eingegangenen Petitionen werden für erledigt erklärt.

Schluß 3 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Dritte Beratung der Vorlage, betreffend den Jahresanhang von Altona, dritte Beratung der Kreisordnung für Westfalen.)

Am Sonnabend oder Montag wird die zweite Beratung der Kanalvorlage stattfinden.

Kommunales.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 20. Mai cr., Nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für Petitionen — Wahl eines Mitgliedes in die Bau Deputation, in das Kuratorium für die Markthallen und in die Deputation für die Bauanlagen etc. — Berichterstatter über die Vorlage, betr. den Abbruch der Baustellen auf dem städtischen Grundstück Rüststraße 3, die Regulierung und Pflasterung der Kochstraße zwischen Rüststraße und Kanowki-Brücke, den Verlauf der Kanowki-Brücke zum Abbruch und den Verkauf einer Parzelle an der Ecke der Stadtbahn-Parallelstraße und der Kochstraße — Berichterstatter über die Vorlage, betr. den Anschlag eines Gießbehältes der Gemeinde Schneberg an die Kanalisation von Berlin — Vorlage, betr. die Stijze zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Derflingerstr. 12a — besgl., betr. den Verkauf der Baustellen auf den Grundstücken Adlerstr. 23/26 und Invalidenstr. 158 zum Abbruch — besgl., betr. die erfolgte Bauabnahme der Central-Markthalle in der Neuen Friedr.straße — besgl., betr. den Verkauf einer Baustelle neben der Markthalle in der Zimmerstraße — besgl., betr. die Neuwahl eines Mitgliedes für die Kommission zum Zweck der Erweiterung von Grundstücken auf der Südseite des Mühlendammes — drei Rechnungen — Vorlagen, betr. die Neuwahl je eines Bürgerdeputierten für die Schul Deputation und für die Steuer- und Cirquartrungs-Deputation — Berichterstatter über die Neuwahl von unbesoldeten Stadträthen — vier Unterstützungsanträge — eine Remunerationssache.

Der Turnwart Kautz, welchem von den königlichen Behörden die Konzession zur Anlage einer Badeanstalt für Frauen und Männer in zwei Stadtbahndämmen oberhalb der Michaelbrücke erteilt worden ist, hat sich nun auch an die Stadtverordneten-Versammlung mit der Bitte gewandt, zur Ermöglichung des Zuganges zu der Badeanstalt ein Gelände neben der Michaelbrücke fortzunehmen und dasselbe durch ein besseres Billethauschen ersetzen zu dürfen. Der Petitions-Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung hat in Uebereinstimmung mit der Bau-Deputation zu dem Gesuch eine ablehnende Stellung eingenommen, da es ihm nicht gerechtfertigt erscheint, im Interesse eines Privatunternehmens den Monumentalbau der Michaelbrücke anzugreifen.

Lokales.

Nachdem die Markthallen kaum 14 Tage eröffnet sind, ruht bereits ein nicht unbedeutender Theil des Nahrungsmittelverkehrs in der Hand der städtischen Verkaufsvermittler. Es ist aber noch viel zu thun, um das Geschäft derart zu gestalten, wie es der offiziellen Vertrauensstellung, welche dem städtischen Verkaufsvermittler übertragen ist, entspricht. Der Verkauf von Großhandel kann nur dann für den Produzenten vorteilhaft sein, wenn er gewiß ist, seine gesamte Produktion in Berlin schnell und vortheilhaft zu verwerthen. Bisher war dies nur in beschränktem Maße der Fall; denn in der Hauptsache überließen alle Bemühungen weniger an der Konkurrenz der städtischen Großhändler, als an der Jagdbilligkeit der Produzenten, die nur versuchsweise kleine Posten, die den Konsum nicht deckten, dem Verkaufsvermittler überließen; der Verkaufsvermittler bedarf aber, um seine Stellung auszufüllen, sehr bedeutender Mengen, um den hiesigen Platz vollständig mit Waare zu versorgen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Waarenmengen selbst wenn sie noch so groß sind, zu mäßigen Preisen abgesetzt werden; denn der größte Theil der Detailhändler der Restaurateure etc., ja selbst mancher Großhändler, hat bereits beim Verkaufsvermittler. Hierdurch lören zwar die besten Bezüge dieser Leute aus; aber der Produzent ist demnach durch unzureichende Abrechnung, lange Zahlungsfrist, Annahmeverweigerung und ähnlichen Chikanen ausgebeutet worden. Die Stellung des städtischen Verkaufsvermittlers, die amtliche Kontrolle der Geschäftsführung und seine bei der Stadtbauverwaltung hinterlegte Kaution von 20 000 Mark bürgen für seine Einnahme der Interessen des Produzenten. Daß der Produzent hierdurch gleich dem Publikum im Vortheil ist, beweist selbst der Seeftischhandel, indem die geringen Preise, die im Uebergangsstadium gelöst wurden, längst durch die daraus folgenden höheren Erträge ausgeglichen sind. Die Gestaltung des Geschäftes hat in den Markthallen in den letzten Tagen wesentlich geändert. In den Tagen nach der Eröffnung waren große Zufuhren und wenig Käufer vorhanden. In den Vertheilungen wurde jedem Preise zugeschlagen und das Lothe viele Käufer an

weiß, wovon sie leben." Roth und Glend würde noch viel größer sein, wenn nicht ein großer Theil der Arbeiter die Trades Unions als eine Zufluchtsstätte hätte. Der jährliche Bericht von der „United Society of Bolemmakers and Iron Shipbuilders“ zeigt, wie schwer sie das letzte Jahr mit der Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Diese Union hatte Anfang des Jahres 1885 ein Kapitalvermögen von 60 066 Pf. 8 sh. 6 p. (1 201 380 M. 50 Pf.) und endete mit 138 317 Pf. 8 sh. 6 p. (766 343 M. 50 Pf.). Belegt einen Verlust von 21 749 Pf. 7 sh. (434 987 M.). Das Einkommen für das Jahr betrug 70 703 Pf. (1 414 060 M.) oder 7400 Pf. (148 000 M.) mehr als 1884. Diese Mehrerinnahme entstand durch die Erhöhung der Beiträge von 50 Prozent. Die Gesamtausgabe für 1885, für Kranken- und Sterbegeld, Arbeitsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit, belief sich auf 77 000 Pf. (1 540 000 M.). An Arbeitslose wurden nicht weniger als 42 921 Pf. (858 420 M.) bezahlt. Die Union hat 28 500 Mitglieder. Der Bericht von der „Amalgamated Society of Carpenters and Joiners“ lautet nicht günstiger. Diese Union hat 25 750 Mitglieder. Das letzte Jahr war für die Union das schlechteste seit 1879. Anfang 1885 war der Kapitalstand 63 270 Pf. 6 sh. (1 260 406 M. und am Ende des Jahres 50 850 Pf. 17 sh. 5 p. (1 017 017 M. 40 Pf.). Also ein Rückgang von 12 419 Pf. 8 sh. 7 p. (248 388 M. 60 Pf.). Trotzdem jedes Mitglied 2 M. 50 Pf. Beitrag für das Jahr bezahlte. Die Einnahme betrug 63 121 Pf. 10 sh. 7 p. (1 262 430 M. 60 Pf.). Die Gesamtausgabe war 75 663 Pf. 9 sh. 8 p. (1 513 269 M. 25 Pf.). Für Arbeitslose wurde die Summe von 34 909 Pf. 18 sh. 10 p. (698 198 M. 80 Pf.) bezahlt. Eine Durchschnittsausgabe von 27 M. pro Mitglied, gegen 18 M. 75 Pf. für 1884. Solche Resultate hat ziemlich jede Union aufzuweisen. Ein Zeichen wie schlecht die Verhältnisse sind. Auf allen Gebieten sind die Arbeiter thätig, um so gut als möglich die Position zu behaupten. — Die Bergarbeiterbewegung ist wieder im vollen Fluss. Besonders lenkt sie ihr Augenmerk auf die Gesetzgebung und treibt ihre Vertreter zur Thätigkeit im Parlament an. Durch den verlorenen Streik im vorigen Jahre hat die Bergleute im Lohnverhältnis auf den niedrigsten Standpunkt gedrückt worden. Allem Anschein nach werden sie dieses Jahr für eine Lohnerhöhung eintreten. Im Jahre 1874 wurden 125 067 916 Tonnen und 1884 160 757 779 Tonnen Kohlen zu Tage gefördert. Um die Arbeiterbewegung widerstandsfähiger zu machen, wird für den Winter ein „Knights of Labour“ (Ritter der Arbeit) in Amerika in engere Verbindung zu bringen, was von großer Wichtigkeit sein dürfte. — In Dublin spielte sich vorige Woche eine Szene ab, welche die ganze öffentliche Meinung auf sich lenkte. Seit dem 1. März streikten die dortigen Glasmacher gegen eine Lohnerniedrigung von 20 Prozent. Die Firma King u. Komp. glaubte so ohne weiteres, wie in Schottland, billige Flaschenmacher von Schweden zu holen. Neun Schweden kamen auch an, wurden aber gleich von der Union wieder zurückgeschickt. Die Firma wandte sich dann nach Dänemark und brachte eine Karavane von 79 Personen an. Diese Leute wurden im Magazin untergebracht und 6 Personen schickten zusammen in einem Flaschenschiff. Die Polizei verbot dies aus Gesundheitsrückichten. Die ganze Bevölkerung stellte sich auf die Seite ihrer Landsleute. Die „National League“ nahm die Sache in die Hand. Eine öffentliche Versammlung von 8000 Personen verurtheilte das Vorgehen der Fabrik und drohte mit „Boycott“. Der bekannte irische Redner Michael Davitt fungierte als Redner und sagte: „Es ist nicht bloß eine Frage für die Flaschenmacher, ob wir es zugeben, daß billige Arbeitskräfte eingeführt und unsere Arbeiter brodlös gemacht werden, sondern es ist eine Frage für die ganzen irischen Arbeiter und Handwerker.“ Herr Schumann, welcher als Dolmetscher handelte, überzeugte die Dänen mit seiner Beredsamkeit, daß es unter solchen Umständen ratsam sei, nicht zu arbeiten. Auch gelang es ihm, die Firma zur Deckung der Reisefkosten zu bewegen. Durch die Macht der öffentlichen Meinung sah die Firma sich genöthigt, von ihrem Vorhaben abzulassen. Den Dänen wurde die Reise bis Hamburg bezahlt und die Beiratheten mit hiesiger Familie beladen 160 M. Entschädigung, die übrigen 70 M. So reisten sie am Mittwoch, um eine bittere Erfahrung reicher, wieder nach ihrer Heimath ab. Vielleicht haben sie erkannt, von welchem Werth eine Organisation ist. Bemerkenswert ist, daß ihnen von Seiten der Irländer nichts unredliches geschähen ist; wie es aber ausgefallen wäre, wenn sie die Arbeit begonnen hätten, läßt sich schwer sagen. Die Firma King u. Komp. hat diesen Versuch mit 20 000 M. bezahlt, ohne den Verlust vom Stillstand des Geschäftes. Dem Werkmeister Little, welcher die fremden Arbeiter brachte, um die einheimischen müde zu machen, ist die Belohnung nicht ausgeblieben. Ueber sein Mißgeschick wurde der Boycott verhängt und Niemand durfte seine Wirthschaft mehr.

Die Solinger Scheerenschleifer haben sämmtlich die Arbeit eingestellt. Sie beanspruchten eine geringe Lohnerhöhung und da die langen Verhandlungen mit den Fabrikanten zu keinem Ziele führten, wurde der Streik proklamiert. Dieses Vorgehen hatte infolgedessen einen Erfolg, als eine der größten Firmen die vom „Scheerenschleiferverein“ festgesetzten Lohnforderungen bewilligte. Dagegen verharren neun der Fabrikbesitzer auf ihrer Ablehnung und lassen ihre Fabriken stillstehen.

Vereine und Versammlungen.

Wir machen alle Arbeitervereine, welche bisher nicht jede einzelne Versammlung anzumelden brauchten, weil „deren Zeit und Ort im Voraus feststand“, darauf aufmerksam, daß sie nach der neuesten Bekanntmachung des Staatsministeriums für jede Versammlung zwei Tage vorher eine Genehmigung einholen müssen. Sonst verfallen sie einer Geldstrafe bis zu 1000 Mark. — Die bisher üblichen Bescheinigungen über die regelmäßig stattfindenden Versammlungen der Fachvereine u. s. w. sollen, wie wir hören, von der Polizei zurückgefordert werden.

th. Eine ungewöhnlich stark besuchte öffentliche Arbeiter-Versammlung nahm am 17. d. M. unter Vorsitz des Herrn Rüstlein in Vuh' Salon, St. Franzstr. 87, Stellung zu dem Vorgehen der Lohnkommission der vereinigten Innungsverbände. Herr Innungsmesse Wagner senior machte zunächst die Versammlung mit diesem Vorgehen bekannt. Als einer der größten Uebelstände in der Weberei wurde von jeder die unentgeltliche Anfertigung erforderlicher Nebenarbeiten betrachtet und, bislang jedoch ohne jeden Erfolg, dahin agitiert, daß die Fabrikanten diese Nebenarbeiten bezahlen sollen. Um nunmehr diese, das allgemeine Interesse tief berührende Angelegenheit zu regeln, haben sich neuerdings die Vorstände der drei hiesigen Innungen vereinigt und eine Lohnkommission eingesetzt, welche ihre Forderungen in Form eines von den Fabrikanten fortan zu zahlenden „Tarifs für Nebenarbeiten“ präzisirt hat. Dieser Tarif wurde der Versammlung vorgelegt. Da sich die Innungen allein nicht stark genug fühlten, den Tarif zur Durchführung zu bringen, so vielmehr für erforderlich halten, daß die Allgemeinheit, namentlich die Allgemeine Arbeiter-Vereinigung, sie in ihrem Vorgehen thätig unterstützen, so war die öffentliche Versammlung einberufen worden, um die Meinung der Allgemeinheit zu erfragen. In Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse, wo den Innungen eine freizige Bewegung ermöglicht ist, als anderen gemeinschaft-

lichen Vereinigungen, nahm die Versammlung mit großer Majorität folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der vereinigten Innungen einverstanden und verspricht, für die Durchführung der Forderungen derselben nöthigenfalls das äußerste Mittel zur Anwendung bringen zu wollen.“ Am Donnerstag findet in dieser Angelegenheit eine lombardische Sitzung der Fabrikanten und der Lohnkommission statt.

† Eine öffentliche Versammlung der Kaiserin Delina fand am Montag, den 17. d., im „Königsstadt Kasino“ unter Vorsitz des Herrn Leitz statt. Herr Schweitzer hielt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die „Geschichte der gewerkschaftlichen Bewegung.“ Der Redner empfahl die Bildung und den Beitritt zu einer festen Fachorganisation. — Nachdem in der Diskussion verschiedene Redner in Uebereinstimmung mit den Ansichten des Referenten sich geäußert, wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, nach Kräften dafür einzutreten, daß sämmtliche Kaiserin Delina dem Fachverein zugeführt werden, um eine Besserung ihrer materiellen Lage herbeizuführen. Der provisorische Kassirer Herr Schulz, gab hierauf eine Abrechnung über die laut Liste eingegangenen Beiträge zur Gründung des Fachvereins. Eingegangen sind 160 M. 10 Pf., ausgegeben 97 M. 95 Pf.; der Bestand 62 M. 15 Pf. wird der Kasse des Fachvereins überwiesen. Beigetreten sind dem Verein bis jetzt 128 Personen. Herr Stellmacher Glaubig hat in warmen Worten sodann um Unterstützung seiner Kollegen in ihrem Lohnkampf. Von allen Seiten wurde diese Unterstützung auf das freudigste zugesagt. Mit einem Hoch auf das Gedeihen des jungen Fachvereins schloß der Vorsitzende die Versammlung.

† Fachverein der Steindrucker und Lithographen. Vereins-Versammlung Donnerstag, den 20. d. Mts., Abends 8 Uhr, im königlichen Kasino, Holzmarktstr. 72. Tagesordnung: Innere Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind willkommen; neue Mitglieder werden aufgenommen.

Zu einer öffentlichen Arbeiterinnen-Versammlung beabsichtigt Fräulein Jagert am Donnerstag, den 20. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, in den „Landsberger Bierhallen“, Landsbergerstraße 82, einen Vortrag zu halten über das Thema: „Die Nothwendigkeit der Aufklärung der Frauen.“ Dem Vortrage soll sich eine Diskussion anschließen.

Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Fabrik- und Handarbeiter. Versammlung am Freitag, den 21. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, bei Raltz, Andreasstraße 26. Tagesordnung: 1. Monatsbericht. 2. Errichtung eines Arbeits-Nachweise-Bureaus. 3. Abänderung der Statuten. 4. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste sind willkommen.

Vermischtes.

Kraszewski. Einem aus San Remo über den Gesundheitszustand und die Absichten Kraszewskis in Warschau eingetroffenen Privatbriefen entnimmt der Warschauer Korrespondent der „Pos. Stg.“ folgendes: „Obgleich der Gesundheitszustand Kraszewskis bereits eine bedeutende Besserung erfahren hat, so kann doch von einer Rückkehr nach Magdeburg, wo ihm noch zwei Jahre Aufenthalt bevorstehen, nicht die Rede sein. Bemerkenswert ist, daß der dem Redaktor unserer Schriftsteller gewährte Urlaub bereits mit dem 15. Mai zu Ende geht. Kürzlich sind durch Vermittelung des deutschen Konsulates in San Remo mehrere ärztliche Zeugnisse hier ansässiger deutscher Aerzte nach Berlin abgegangen, die insgesammt gegen die Möglichkeit einer Rückkehr Kraszewskis in das Magdeburger Gefängnis sich aussprechen. Im Falle einer Nichtgewährung des Gesuches wird die hinterlegte Kaution von 22 000 M. zweifelsohne forschirt werden.“ Der Diaber ist gegenwärtig mit der Behandlung eines Hystus historischer Erzählungen beschäftigt. Seit dem 15. Mai ist also Kraszewski für die preussischen Behörden ein Flüchtling. Am 15. Mai lief der dem Gefangenen der Magdeburger Festung erteilte Urlaub ab, und nun müßte er sich wieder in Magdeburg einfänden. Aber der wegen Landesverraths verurtheilte greise polnische Dichter weilt noch ruhig in San Remo, er hat sich sogar seine gesammte Wohnungseinrichtung und seine große Bibliothek aus Dresden dahin nachkommen lassen, — was nicht wohl als ein Zeichen der Absicht pünktlicher Rückkehr anzusehen war.

Etwas gewichtig. Von wahrhaft wuchtigem unfreiwilligen Humor ist die nachstehende „Schiffsnachricht“ einer kanadischen Zeitung: „Der Stapellau der „Cynthia“ ging glücklich von statten. Der Zeufak wurde unter den üblichen Ceremonien von Mr. J. H. Campbell vollzogen, welche dabei eine entzündende Strafkollette trug. Ihr Gewicht ist 1200 Tons und sie kann sechs schwere Geschütze unter Deck haben.“

Die Reise um die Welt. Aus Smyrna berichtet man dem „Neuen Wiener Abendblatt“, daß daselbst ein junger Engländer Namens James Edward Clayton eingetroffen ist, welcher sich auf der Rückkehr nach London von einer Reise um die Welt befindet. Mr. Clayton hat gewettet, die Reise um die Welt in nicht länger als drei Monaten zurückzulegen und dabei nicht mehr als hundert Pfund Sterling für Fahrgelegenheiten und etwaigen Pfund Sterling für Verköstigung auszugeben. Mr. Clayton ist im Begriff, seine Wette zu gewinnen.

Kleine Mittheilungen.

Krosen a. D., 17. Mai. Ueber die schrecklichen Verwüstungen durch die Windhose entnehmen wir dem „Kr. Bl.“ folgende Einzelheiten: „Raum 4 Minuten hat das Unwetter gewüthet, aber diese kurze Spanne Zeit wurde zu einer Catastrophe allen, die die Katastrophe mit erleben mußten. Wer in seiner Behausung war, konnte nur daran denken, sich und der Seinen Leben zu schützen, alles, was um ihn her stürzte und fiel, mußte er seinem Schicksal überlassen, war es doch, als ob die Häuser in sich zusammenfallen wollten, um alles unter ihren Trümmern zu begraben. Daß dabei nicht noch mehr Menschenleben als wie schon gemeldet zu Grunde gegangen sind, ist als ein Wunder zu betrachten. Verletzungen giebt es genug, auch Arm- und Schenkelbrüche sind zu verzeichnen. Menschen, die sich im Freien befanden, wurden hoch emporgehoben und dann wieder zur Erde geworfen, ein Junge, der in der Nähe des Bobers Vieh hütete, wurde in der Luft mehrere hundert Schritt weit weggetragen, Leute, welche die Brücken passirten, mußten sich platt auf den Boden legen und an das Geländer anklammern. Den fürchterlichen Anblick, der den Sturz des Kirchthurms begleitete, haben nur die Nachbarn vernommen, allen übrigen ging derselbe in dem schrecklichen Getöse der Luft verloren. Nicht bloß Dächer wurden abgedeckt, sondern ganze Wallanlagen niedergeworfen, welche in ihrem Fall das Unglück noch vergrößerten. Kurz ein Erdbeben kann nicht toller wüthen, als dieses Wetter. Wie das Wetter seinen Weg genommen, läßt sich nicht sagen, da oft zwischen starkbeschädigten Gebäuden solche stehen, die nur wenig Schäden aufweisen. Es scheint, als ob der mittlere Theil der Stadt, der Markt und die von Nord nach Süd laufenden Straßen, die mit ihren Häuserfronten dem Wetter entgegenstanden am meisten gelitten haben. Manches Haus wäre seiner gedachten Stellung wegen vom Sturm verschont geblieben, wenn es nicht vom Nachbarhause in Mitleidenschaft gezogen wäre. So ist es z. B. dem Reiter'schen Hause, Junkerstraße 65, ergangen. Das Dering'sche Haus No. 64 hatte nach Westen zu einen mächtigen Brandgabel, welcher das Nachbarhaus um ca. 18 übertrage,

Als der Sturm das obere Sparrwerk vom Hause 64 abtrif, verlor der Brandgabel seinen Halt und schlug mit seiner ganzen Wucht und Last auf das Reiter'sche Haus, zertrümmerte dessen Dachstuhl total und durchbroch die Stuben- und Küchendecken der oberen hinteren Wohnung, verschüttete dabei 2 Kinder und die Frau des Arbeiters Schulz sowie auch die beiden Haderbüchsen, welche auf dem Boden schloßen; die Betten der Büchsen standen aber so glücklich, daß die gedrohtenen Balken neben dem Bette sich aufstimmten; der eine Büchse kam ganz ohne Schaden, der andere mit blutigem Kopf davon. Die Kinder wurden nach einiger Zeit auch glücklich Weise ohne Schaden, die Frau aber mit vieler Mühe, am Kopf erheblich verletzt, hervorgezogen. 8 Arbeiter hatten am ersten Tage und 12 am zweiten mit allem Fleiß gearbeitet, um die Last einigermaßen vom Hause zu entfernen. Drei Familien mußten ausziehen. Ueber die Gefährlichkeit der Windhose wird verschiedenes berichtet, wir halten folgende Schilderung, die uns von einem Augenzeugen gemacht wurde, für authentisch. Danach muß sich der Windsturm nicht weit vom Dorfe Alt-Ribfeld gebildet haben, er zog daher in Gestalt einer ungeheuren schwarzen Wolkenmasse, die an den Seiten von kleinen weißen Wölkchen, aus denen fortwährend elektrische Entladungen erfolgten, umsäumt vor. Krosen, welches von zwei Flüssen und weiter von großen Bergelehnen begrenzt wird, ist also eine Wetterseide und dadurch wurde entweder die Windhose gebildet oder zu solch ungeheurer Bebenem ausgebreitet.“

Nordhausen, 14. Mai. Eine Dame aus Wühlhausen, welche vorgestern Abend sich vor die Lokomotive des Personenzugs zwischen Dadrüden und Ammer gefügt hat und von der Maschine getödtet worden ist, war krank und befand sich auf dem Transport nach Halle, um sich operiren zu lassen. Sie fürchtete diese Operation und zog es vor, ihrem Leben freiwillig ein Ende zu machen.

Frankfurt a. O., 17. Mai. Der Gewittersurm, welcher in dem Odersüdtischen Krosen so arge Verwüstungen angerichtet hat, hat in dem größten Theile des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. seine Spuren hinterlassen. Es liegen Nachrichten aus den Kreisen Kalau, Gaben, Spremberg, West-Sternberg, Landsberg, Friedeberg u. a. vor, welche erkennen lassen, daß überall das Unwetter verheerend aufgetreten ist. In einzelnen Orten beispielsweise fielen Hagelkörner in der Größe von Wallnüssen nieder und zertrümmerten viele Fensterscheiben. In den Obsthäusern ist gewaltiger Schaden angerichtet und Blüthen und Fruchtzweige sind zu Tausenden abgeschlagen worden.

Dahn, 15. Mai. Gestern Abend explodirte in der Barackenwohnung eines Offiziers auf dem Artillerie-Schießplatz eine Granate, welche den Büchsen des Offiziers in Stücke rief, jedoch der Tod augenblicklich eintrat. Der Offizier selbst, der zur Schießübung kommandirt war und aus bisher noch unermittelten Gründen die Granate mit in seine Wohnung genommen hatte, wurde schwer verletzt, ein Auge ging ihm durch einen Granatsplitter verloren. Den Verwundeten schaffte man gestern Abend noch nach Dux ins Lazareth.

Letzte Nachrichten.

Dem „Neuer'schen Bureau“ wird aus Sanfbar gemeldet, daß Frankreich sämmtliche Inseln der Komoro-Gruppe in Besitz genommen hat. Der bezügliche Vertrag ist am 21. April in Johanna unterzeichnet worden.

Aus Anlaß des am Sonnabend im Palais des Grafen von Paris vor dessen Abreise nach Portugal stattgehabten Empfanges soll, wie aus französischen Deputirtenkreisen verlautet, von den Radikalen in der Kammer eine Interpellation eingebracht und zugleich die Ausweisung der Prinzen beantragt werden.

In der Unterhausung in London erklärte Unterstaatssekretär Bryce, die Regierung sei nicht abgeneigt, die Wähler über die Nothwendigkeit der irischen Bill zu bitten. Dänemark habe sich im Besitze Islands erhalten, weil es ihm eine besondere parlamentarische Vertretung gegeben habe; dagegen hätte Holland Belgien und Dänemark Schleswig Holstein verloren, weil diesen Ländern mäßige Zugeständnisse verweigert worden seien. Die Demokratie könne nicht nach despotischen Grundgesetzen regieren, und die irische Partei wisse jetzt die neugeborene englische Demokratie auf ihrer Seite. Er hoffe, die irische Partei werde in friedlicher Haltung verharren, bis ihre Gerechtigkeit werde. — Die weitere Berathung wurde nach achtstündiger Debatte verlag.

In Brüssel findet zwischen den Liberalen und Radikalen ein außerordentlich heftiger Wahlkampf statt. Wie dem „Berl. Tagbl.“ berichtet wird, erreichen die Bauern hausweise, geführt von ihren Pfarrern. Die Stadt ist förmlich überfluthet von Kopianen, Kopuzinern und sonstigen Gefährlichen; trotzdem gilt die Wahl des liberalen Kandidaten, des Bürgermeisters Bus, als gesichert.

Gegen den Abg. Heine-Dalberstadt, in dessen Sache wegen des geringen Objectes keine Revision zulässig ist, strengt Fiskus jetzt beim Landgericht Halberstadt die neue Klage an, durch welche die Höhe der empfangenen Diäten ermittelt werden soll. Fiskus, der den Beweis zu führen hat, bezieht sich auf mehrere sozialdemokratische Abgeordnete und schiebt auch dem Beklagten den Eid zu.

Briefkasten der Redaktion.

P. S. Langendö. Wenden Sie sich an den Kohrfabrikanten Herrn Rathgen, Berlin S.O., Adalbertstr. 6.

M. R. Christkinder. Seit 1876 nicht mehr.

Elisabeth-Ufer 11. Wenn eine nicht durch gerichtlichen oder notariellen Vertrag abgeschlossene Verlobung wieder aufgehoben wird, so steht in der Regel keinem Theile ein Entschädigungsanspruch zu; nur können die gemachten Ehebürgungen, wie auch sonst, binnen 6 Monaten widerrufen werden. 2. Wenn Jemand Geld derartig ruiniert, daß dasselbe nicht mehr verausgabt werden kann, so macht er sich einer Sachbeschädigung schuldig, vorausgesetzt, daß das Geld einem Anderen gehörte, und daß die Beschädigung vorsätzlich und rechtswidrig war.

H. S. Köpenick. Wenn Ihr Miethkontrakt die Bestimmung enthält, daß derselbe, wenn nicht rechtzeitig gekündigt wird, als auf ein weiteres Jahre verlängert gilt, so brauchen Sie sich zum 1. Juli d. J. eine Steigerung nur gefallen lassen, wenn entweder ordnungsmäßig gekündigt ist oder am 1. April schriftlich ein höherer Miethpreis vereinbart ist. War eine Kündigung erfolgt, so hört der alte Kontrakt am 1. Juli auf, und der Mieth kann für die Zukunft soviel fordern, wie er will; Sie können aber natürlich ausziehen.

B. 57. Sie brauchen das Geld nur gegen Bezahlung Ihrer Auslagen und Ihres Arbeitslohnes herauszugeben. Wenn der Besteller trotz Ihrer Aufforderung Ihnen Zahlung nicht leistet, so verklagen Sie denselben und lassen Sie dann durch den Gerichtsvollzieher das in ihrem Besitze befindliche Miethpfänden und veräußern.

D. P. M. Einer Sage nach soll zwischen dem „Schweidniger Keller“ und Schweidnitz, jener Stadt, wo die Münche das famose „Schöpfbräu“ brauten, eine unterirdische Verbindung s. B. bestanden haben, die jetzt verfallen ist. Wer weiß, ob es wahr ist! — Nicht abrigens bekanntlich an einer Wand jenes berühmten Rathhausleiders. Zwischen dem „Friedeberg“ und dem „Schweidniger Keller“ ist kein geheimnißvoller unterirdischer Gang vorhanden. Das wäre zu romantisch für die moderne Zeit.